



Studienabschlussarbeiten

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Meier, Maximilian:

Linker Populismus – Zwischen Agonismus und Antagonismus

Bachelorarbeit, Sommersemester 2022

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Ludwig-Maximilians-Universität München

<https://doi.org/10.5282/ubm/epub.93592>



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2022

Maximilian Meier

Linker Populismus – Zwischen Agonismus und Antagonismus

Bachelorarbeit bei
PD Dr. Christian Schwaabe
2022

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1 Chantal Mouffe	3
1.1 Postmoderne und Poststrukturalismus	3
1.2 Eine Dekonstruktion des Marxismus und poststrukturelle Diskurstheorie	4
1.3 Eine postmarxistische Gesellschaftstheorie und das Politische	7
2 Plurale Demokratie und die Zähmung des Politischen	8
2.1 Carl Schmitt und das Verhältnis von Demokratie und liberalem Pluralismus	9
2.2 Mouffe und ihr agonistischer Pluralismus	12
3 Populismus und die Wiederbelebung des Politischen	16
3.1 Ernesto Laclau und die populistische Logik	17
3.2 Mouffe und ihr linker Populismus	22
4 Agonistischer Pluralismus versus linken Populismus?	27
4.1 Mouffes Politikverständnis und der Vorwurf der Fundamentalontologie	27
4.2 Mouffes radikaldemokratisches Projekt und der Vorwurf der Ultra-Politik	29
4.3 Demokratische und populare Kämpfe	34
4.4 Linker Populismus und agonistischer Pluralismus	36
4.5 Praktische Konsequenzen	39
Schlussbetrachtung	41
Literatur	43

Einleitung

Seit einigen Jahren erlebt die Parole „*Wir sind das Volk!*“ eine bedeutsame Renaissance auf Deutschlands Marktplätzen. War sie einst die Losung der friedlichen Revolution gegen die DDR-Diktatur, so steht sie seit spätestens 2015 in fester Assoziation mit „rechtspopulistischen“ Bewegungen. „Populistisch“, weil diese Bewegungen für sich beanspruchen, die Gesamtheit des Volkes zu verkörpern (Laclau 2022). „Rechts“, weil sie ihre Konstruktion des Volkes auf ein antiegalitäres, völkisch-rassistisches Fundament stützen.

Für Chantal Mouffe (2020a) ist die Erscheinung derartiger Bewegungen Ausdruck einer postdemokratischen und postpolitischen Entwicklung, verursacht durch die Marginalisierung demokratischer Ideale wie Volkssouveränität und Gleichheit im Zuge einer Hegemonie neoliberaler Wertvorstellungen, Praktiken und Institutionen. Im Gegensatz zur politischen Linken sind die rechtsextremen Kräfte freilich nicht an der Wiederherstellung dieser Ideale interessiert, allerdings wissen sie die Krise der neoliberalen Hegemonie für ihre völkisch-nationalistischen Absichten zu nutzen. Den sozialdemokratischen Parteien wirft Mouffe vor, nicht nur blind für ebene jene Krise zu sein, sondern im Kontext von „New Labour“ Teil des Problems geworden zu sein (ebd.). In ihrem Essay *Für einen linken Populismus* (2020a) fordert Mouffe die sozialdemokratischen Kräfte daher auf, sich von ihren neoliberalen Irrwegen zu befreien und die Krise der neoliberalen Hegemonie für eine *linkspopulistische* Intervention zur Radikalisierung der Demokratie zu nutzen.

Dabei gilt es, Populismus keinesfalls im Widerspruch zu Demokratie zu begreifen. Ernesto Laclau (2022) zufolge ist Populismus keine demokratiegefährdende Pathologie der Massen, sondern erst eine Möglichkeitsbedingung von Demokratie. Die affektive Konstruktion eines Volkes durch die antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raums sei nicht nur populistisch, sondern zugleich einer politischen Logik inhärent (ebd.: 190). Es ist das Verhältnis von Populismus und Pluralismus, bzw. letztendlich von Demokratie und Liberalismus, das auf dem Spiel steht. Im Gegensatz zum Antiliberalismus eines Carl Schmitt schließen sich für Chantal Mouffe (2018) beide Denkschulen nicht aus, ihr Verhältnis ist jedoch von einem Paradoxon geprägt. Mouffes „agonistischer Pluralismus“ (ebd.) bringt das Paradoxon, zwischen der exklusiven und totalisierenden Logik des demokratischen Populismus einerseits sowie der inklusiven Logik des liberalen Menschenrechtsdiskurses andererseits, auf den Begriff. Er umfasst damit eine permanente, hegemoniale Aushandlung zwischen sich einander affizierenden Vorstellungen der demokratischen und liberalen Tradition. Mouffes moderne liberale Demokratie ist

gekennzeichnet von einem *hegemonialen Konsens* über ihr ethisches Fundament und gleichzeitig von einem *agonistischen Dissens* über die Interpretation jenes Fundaments (Mouffe 2018: 104–105). Dadurch gelingt es ihr, den radikalen Antagonismus eines Carl Schmitts zu domestizieren und Demokratie und Pluralismus zusammenzudenken.

Eine Frage, die sich dabei aufdrängen muss, lautet: Wie viel Dissens um die Deutung von Freiheit und Gleichheit hält eine politische Gesellschaft aus, ehe einer der beiden Werte derart radikalisiert wird und den Konsens als Gesamtheit infrage stellt? Mit ihrer Forderung nach einer populistischen Intervention zur Wiederbelebung jenes *politischen* Dissenses durch die Konstruktion kollektiver Identitäten entlang einer Frontlinie zwischen einer progressiv-egalitären Bürgeridentität und einer neoliberalen Oligarchie bleibt Mouffe eine theoretisch ausformulierte Antwort auf die Frage schuldig, ob dieser Konflikt tatsächlich zwischen GegnerInnen oder FeindInnen¹ ausgetragen werden sollte. Steht die populistische Logik mit ihrer Intensivierung des Antagonismus dem liberalisierten, agonistischen Pluralismus und dessen Einhegung des Antagonismus nicht entgegen? Schließt ein populärer Kampf zwischen zwei dichotomen Lagern nicht die Möglichkeiten einer Verständigung über einen liberaldemokratischen Konsens aus? Werden die links-progressiven, egalitären Ziele damit wirklich erreicht – oder droht letztendlich doch Schmitt mit seiner antiliberalen Kampfrhetorik recht zu behalten?

Genau diesen Fragen wird sich die nachfolgende Arbeit widmen. Konkret soll den Fragen nachgegangen werden, *inwieweit Mouffes linker Populismus mit seiner populistischen Logik und ihre demokratietheoretische Vorstellung eines agonistischen Pluralismus sich miteinander vereinbaren lassen und welche praktischen Konsequenzen sich hieraus ergeben*. Die schriftliche Darlegung gliedert sich hierfür in vier zentrale Teile. Ausgehend von einer politiktheoretischen Einordnung Mouffes, sollen ihre Diskurs- und Hegemonietheorie umrissen und vorgestellt werden. Darauf aufbauend soll mit Bezug auf Carl Schmitt ihre Demokratietheorie, vor allem der Kernbegriff des „agonistischen Pluralismus“, einer näheren, rekonstruierenden Betrachtung unterzogen werden. Im Anschluss soll die von Ernesto Laclau beschriebene populistische Logik eingeführt und mit Blick auf Mouffes linken Populismus theoretisch vergegenwärtigt werden. Im letzten Teil soll sich nach einer Befassung mit relevanten Kritikpunkten von Oliver Flügel-Martinsen und Christian Volk dann der konkreten Diskussion, inwiefern ein linker Populismus zusammen mit dem agonistischen Pluralismus denkbar ist, zugewendet werden. Abgeschlossen

¹ Geschlechtergerechte Sprache ist auch im wissenschaftlichen Diskurs wichtig, deswegen soll mit der Verwendung des „I“-Binnenmajuskels bei direkten Geschlechtsbezeichnungen nachfolgend kenntlich gemacht werden, dass stets alle Geschlechter mitsignifiziert werden sollen.

soll die Arbeit mit einer kurzen Zusammenfassung der gewonnenen Erkenntnisse, einem Überblick über offene Fragen und einer knappen Beurteilung der wichtigsten Einsichten werden.

1 Chantal Mouffe

Chantal Mouffe zählt zu den namhaftesten VertreterInnen kritischer politischer Theorie der Gegenwart. Das Besondere an Mouffe ist dabei, dass sich ihre Resonanz nicht auf rein akademische politiktheoretische Diskussionen beschränkt, sondern auch jenseits von Universitäten bei politischen PraktikerInnen Anklang findet (Flügel-Martinsen/Marchart 2014). Nicht zuletzt ihr Plädoyer für eine linkspopulistische Intervention zeigt, dass es Mouffe nicht nur um das bloße Theoretisieren von Wissen geht, sondern auch darum, dieses Wissen in den Dienst praktisch-normativer Zwecke zu stellen. Hierin offenbart sich ihre Bedeutung für eine progressive, post-moderne Linke.

1.1 Postmoderne und Poststrukturalismus

Wissenschaftstheoretisch bewegt sich Mouffe im Kontext *postmoderner Ansätze*. Postmoderne Perspektiven lösen sich von den großen Metaerzählungen der Moderne (Lyotard 1992). An die Stelle letztbegründbarer Wahrheiten des Universalismus und Rationalismus der Aufklärung tritt eine unauflösliche, „radikale Pluralität“ (Precht/Burkard 2008: 473) von Geisteshaltungen. Für Mouffe bedeutet dies eine postfundamentalistische Überwindung des Marxismus mit seinem teleologischen Historismus und essentialistischen Totalitätsbegriff. Ihr intellektuelles Vorhaben bewegt sich folglich auf einem antiessentialistischen, „post-marxistischen Terrain“ (Laclau/Mouffe 2020: 34). Während sie zusammen mit Ernesto Laclau das epistemologische Erbe der Aufklärung verabschiedet, halten beide am politischen Vermächtnis der Moderne, der liberalen Demokratie, fest (Hintz/Vorwallner 2020: 12). Eine postmoderne Neufassung dieses Vermächtnisses in Form radikaler Demokratie gestaltet sich als ihr zentrales theoretisches Anliegen.

In enger Verbundenheit zum Postmodernismus bewegen sich Mouffe und Laclau vor allem auf dem Gebiet des *Poststrukturalismus*. Dieser beschreibt eine bestimmte Denkrichtung, die sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor allem aus dem linguistischen Strukturalismus Ferdinand de Saussures entwickelte (Münker/Roesler 2012). Der Strukturalismus rückt die Beziehungen zwischen einzelnen semiotischen Elementen eines geschlossenen sprachlichen Struktursystems in den Mittelpunkt. Sprache wird zu einem sozialen Konstrukt, die Verbindung zwischen Signifikat und Signifikanten somit willkürlich (Münker/Roesler 2012: 1–7). Sinn und

Bedeutung entstehen jenseits des bewussten Subjekts sprachimmanent durch ein Netz aus sich in ihrer semiotischen Differenz negativ bestimmenden Signifikanten (ebd.). Im Zuge des *linguistic turn* gerät Sprache als Grundlage menschlichen Denkens in das Zentrum philosophischer Betrachtungen (Precht/Burkard 2008: 342). Dadurch überträgt sich der linguistische Strukturalismus methodisch auf zahlreiche Gebiete der Geistes- und Sozialwissenschaften. Der Poststrukturalismus hingegen kennzeichnet nun die Überwindung des Strukturalismus. Er übernimmt die grundlegende Annahme, dass Sinn nicht ein Produkt eines bewussten Subjekts, sondern Ergebnis sprachlicher Struktur ist (Münker/Roesler 2012: 28–36). Gleichzeitig verwirft er die metaphysische Vorstellung eines transhistorischen, geschlossenen und sprachlich fixierten Struktursystems als totalitär und theoretisiert dieses stattdessen als kontingent, radikal offen und letztlich unmöglich zu determinieren (ebd.; Precht/Burkard 2008: 473). Für Mouffe und Laclau (2020) spielen die Offenheit der Strukturen und der kontingente Versuch der Schließung jener Strukturoffenheit die entscheidende Rolle, da sie die Wirkungslogik diskursiver Macht ausdrücken. Der omnipräsenten Macht gelingt es zwar nie, die konstitutive Offenheit der Bedeutungsstrukturen völlig zu schließen, es gelingt ihr aber sehr wohl, jene Sinnstrukturen zu stabilisieren (ebd.). Diesen Zustand nennen sie unter Rückgriff auf Antonio Gramsci *Hegemonie*. Das Verständnis der hegemonialen Logik wird zur Voraussetzung, um das genuin Politische zu erfassen.

1.2 Eine Dekonstruktion des Marxismus und poststrukturelle Diskurstheorie

Im Anschluss an die theoretische Verortung Mouffes im postmodernen und poststrukturalistischen Feld soll sich nun ihrer mit Ernesto Laclau gemeinsamen Diskurs- und Sozialtheorie gewidmet werden. Neben dem semiologisch-linguistischen Strukturalismus eines Saussure und dem Hegemoniebegriff eines Gramsci nehmen Mouffe und Laclau intellektuelle Anleihen bei den psychoanalytischen Ansätzen Freuds und Lacans sowie bei Derridas Methodik der Dekonstruktion (Nonhoff 2007: 7).

Ausgangspunkt ihrer Theorie des Sozialen und damit untrennbar verbunden des Politischen ist zunächst die Dekonstruktion der marxistischen Metaphysik. Hierfür beschäftigen sich Mouffe und Laclau (2020) in ihrem Hauptwerk *Hegemonie und radikale Demokratie* vor allem mit DenkerInnen der Zweiten Internationalen wie Karl Kautsky, Rosa Luxemburg, Eduard Bernstein und Georges Sorel. Kerngegenstand ihrer Kritik ist der orthodoxe Marxismus und dessen hegelianischer Geschichtsdeterminismus sowie dessen rationalistischer Ökonomismus. Dem orthodoxen Marxismus zufolge, wie vor allem von Kautsky vertreten, lässt sich die Totalität

des historischen Verlaufs aus der rationalen Entwicklung der ökonomischen Produktionsverhältnisse erschließen (Laclau/Mouffe 2020: 50–62). Für das Soziale bedeutet dies, dass sich gesellschaftliche Klassen wie das Proletariat und die Bourgeoisie mit distinkten materiellen Interessen durch ihre historisch notwendige Stellung innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse objektiv konstituieren (ebd.). Wenngleich es mit Luxemburgs „Spontaneismus“ (ebd.: 41), Sorels „Logik der Kontingenz“ (ebd.: 71) und Gramscis Konzeption kultureller „Hegemonie“ (ebd.: 99–100) durchaus Bestrebungen gab, sich vom Historismus und Ökonomismus des Marxismus zu befreien, so bleiben alle Weiterentwicklungen letztlich immer dem essentialistischen Klassenreduktionismus verhaftet (ebd.: 109–123). Es sind vor allem der dogmatische Essentialismus, Rationalismus und Universalismus, die Mouffe und Laclau entsprechend einem postmodernen Verständnis zurückweisen.

Für Mouffe und Laclau gibt es aus poststruktureller Perspektive keine objektiv erfassbare und sinnhaft fixierte Struktur der Gesellschaft. Ihnen zufolge wird soziale Wirklichkeit stattdessen diskursiv konstruiert (Nonhoff 2007: 9). Das „*Feld der Diskursivität*“ (Laclau/Mouffe 2020: 146)² ist dabei immerzu offen und überdeterminiert. Jede Sinnstrukturierung ist grundsätzlich möglich – aber sie ist eben nicht notwendig, sondern schlichtweg kontingent (ebd.: 145–149). Die Loslösung vom ökonomischen Determinismus des Marxismus und die ontologische Zuwendung zur *Kontingenz* eines jeden Diskurses ist die Kernvoraussetzung für Mouffe und Laclaus Diskurstheorie.

Ein *Diskurs* bezeichnet, ihrer Theorie entsprechend, eine „aus der artikulatorischen Praxis hervorgehende strukturierte Totalität“ (Laclau/Mouffe 2020: 139). Eine *Artikulation* wiederum versteht sich als Praxis der Relationierung einzelner überdeterminierter und daher flottierender *Elemente*, die sich erst in Beziehung und Differenz zueinander als sinnhafte Einheiten, bzw. *Momente*, identifizieren (ebd.). Ein Diskurs umfasst somit eine Reihe von differentiell artikulierten Momenten, die ihre Bedeutung in zentralen diskursiven *Knotenpunkten* partiell fixieren (ebd.: 148). Derartige Knotenpunkte sind wiederum die eigentliche Grundvoraussetzung aller sinnhafter Differenzsysteme (Nonhoff 2007: 9). Im Zuge der kontingenten Sinnfixierung beruhen alle Diskurse jedoch auf einem radikalen Ausschluss alternativer Bedeutungsanordnungen (Laclau/Mouffe 2020: 145–149). Durch eben diesen Ausschluss reduziert ein Diskurs flottierende Elemente mit Bedeutungsüberschüssen zu artikulierten Momenten mit einer festgesetzten Bedeutung (Jørgensen/Phillips 2004: 28). Jede Grenzziehung zwischen der differentiellen

² Hervorhebung wie im Original.

Objektivität des Diskurses und der Negativität des Ausgeschlossenen ist allerdings antagonistisch (Laclau 2007: 67). Der „Antagonismus [...] konstituiert die Grenzen jeder Objektivität, die sich als partielle und prekäre *Objektivierung* enthüllt“ (Laclau/Mouffe 2020: 161)³. Der Antagonismus untergräbt damit jede objektive Sinnfestsetzung. Verantwortlich hierfür ist die der Differenz entgegengesetzte Logik der *Äquivalenz*. Alle sinnhaften Elemente verhalten sich in Bezug auf diese beiden Logiken ambivalent und sind in ihrer Identität konstitutiv gespalten (Laclau 2007: 67). Einerseits stehen sie im Diskurs als artikulierte Momente in einer sinnhaften Differenzbeziehung zueinander, andererseits befinden sie sich als Gesamtheit eines Diskurses in einem Sinn unterminierenden Äquivalenzverhältnis zu allem jenseits des antagonistischen Ausschlusses (Laclau/Mouffe 2020: 163–164; Laclau 2007: 67). Die Logik der Differenz und Äquivalenz stehen somit in einem unauflösbaren Spannungsverhältnis und verunmöglichen jede Schließung des Diskurses. Ein Diskurs kann sich folglich niemals als vollständige Totalität konstituieren. Um diese Unvollständigkeit dennoch zu repräsentieren und Bedeutungssysteme überhaupt zu ermöglichen, bedarf es *leerer Signifikanten* (ebd.: 65–77). Leere Signifikanten können Laclau zufolge als „Signifikant[en] ohne Signifikat“ (ebd.: 65) verstanden werden, da sie eine Totalität zu signifizieren ersuchen, die wiederum konstitutiv unmöglich zu signifizieren ist. Nur durch die Bildung von Äquivalenzketten und die Entleerung bzw. Disartikulation aller Differenzen „kann [ein] System sich selbst als Totalität bezeichnen“ (ebd.: 69). Durch diesen unmöglichen Akt der Selbstbezeichnung, bei dem ein partikulares Element einer Äquivalenzkette seine partikuläre Bedeutung nahezu entleert und den Diskurs als Totalität zu signifizieren beansprucht, wird Signifikation überhaupt möglich (ebd.: 70–77).

Dieser Kampf um Bedeutungsfestsetzung und die Bereitstellung leerer Signifikanten ist nach Mouffe und Laclau ein Kampf um Hegemonie. Den Begriff der *Hegemonie* entlehnen sie Antonio Gramscis Theorie kultureller Hegemonie und befreien ihn von seinem essentialistischen Erbe. In *Hegemonie und radikale Demokratie* definieren Mouffe und Laclau hegemoniale Praktiken als Praktiken, die in einem von Antagonismen durchzogenen Raum um die Etablierung zentraler diskursiver Knotenpunkte konkurrieren (Laclau/Mouffe 2020: 147–148). In seinen späteren Arbeiten ergänzt Laclau (2007, 2022) unter Bezugnahme von psychoanalytischen Erkenntnissen Lacans, dass hegemoniale Praktiken vor allem auf die symbolisch-affektive Repräsentation der unerreichbaren Universalität dieser Knotenpunkte in Form von leeren Signifikanten abzielen.

³ Hervorhebung wie im Original.

1.3 Eine postmarxistische Gesellschaftstheorie und das Politische

Seine volle Bedeutung entfaltet Gramscis Hegemoniebegriff allerdings erst im Bereich des Sozialen. Wie eingangs erwähnt, betrachten Mouffe und Laclau gesellschaftliche Strukturen und die ihr unterworfenen Subjekte als diskursiv konstruiert. Die Gesellschaft als Gesamtheit aller Subjekte kann als ein überdeterminierter, heterogener Raum betrachtet werden, in welchem kollektive Identitäten stets den Logiken der Differenz und Äquivalenz ausgeliefert sind. Kollektive Identitäten nehmen hierbei die zentrale Rolle ein. Sie entstehen dadurch, dass Subjekte auf affektiver Ebene im Sinne Freuds libidinöse Bindungen untereinander bilden, und sind die eigentliche Grundvoraussetzung aller menschlichen Gesellschaftlichkeit (Mouffe 2020b: 36). Eine kollektive Identität, das „Wir“, kann sich diskurstheoretisch allerdings nur *ex negativo* durch eine differentielle Abgrenzung zu einem „Sie“ sinnhaft konstituieren (ebd.: 23). Jedes kollektive „Wir“ ist notwendigerweise auf das von der eigenen Identität ausgeschlossene Andere, das „Sie“, angewiesen, da sonst jede differentielle Sinngenerierung unmöglich wäre (ebd.). Eine Wir-Sie-Beziehung muss Mouffe zufolge nicht zwangsläufig antagonistisch im Sinne der von Carl Schmitt beschriebenen Freund-Feind-Unterscheidung⁴ sein, gleichwohl verfügt sie jederzeit über das Potential dazu (ebd.: 24). Alle sozialen Identitäten sind im Zuge ihrer Überdeterminierung und dem Wechselspiel der Logik der Äquivalenz und Differenz immer nur prekär und teilweise fixiert (Reckwitz 2004: 43). Eine Gesellschaft kann sich – wie jeder Diskurs – niemals vollständig konstituieren (Laclau/Mouffe 2020: 163). Dennoch gibt es Versuche, diese Unvollständigkeit zu überwinden. Sie sind Gegenstand hegemonialer Auseinandersetzungen. Entsprechend dem bereits genannten Konzept leerer Signifikanten reklamieren dabei partielle Gruppensubjekte mit bestimmten kollektiven Identitäten die unerreichbare Totalität der Gesellschaft zu repräsentieren (Reckwitz 2004: 44). Gelingt es ihnen im Sinne Gramscis, diese vermeintliche soziale Einheit *konsensual* zu stabilisieren, kann von Hegemonie gesprochen werden (ebd.). Jede Hegemonie basiert damit allerdings auf einem Ausschluss alternativer gesellschaftlicher Einheits- und Ordnungsvorstellungen (Mouffe 2020b: 27). Welche Einheitsvorstellungen, bzw. welche leeren Signifikanten, sich durchsetzen und hegemonisiert werden, ist letztlich eine Frage der aus der Unebenheit des sozialen Raums resultierenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse (ebd.; Laclau 2007: 73, 77-78). „Macht ist für das Gesellschaftliche konstitutiv, weil das Gesellschaftliche ohne die ihm seine Form gebenden Machtverhältnisse nicht sein könnte“ (Mouffe 2020b: 27). Der von Antagonismen durchzogene Wettstreit um gesellschaftliche Vorherrschaft zwischen einer hegemonialen, scheinbar „natürlichen“,

⁴ Vgl. Schmitt 1991: 26.

„gottgewollten“ oder „rationalen“ sozialen Einheit und kontrahegemonialen Projekten, die die Allgemeingültigkeit dieser nur kontingenten Einheit als Partikularität zu entlarven und zu disartikulieren versuchen, ist der Lokus des *Politischen* (ebd.). Das Gesellschaftliche ist demzufolge immer ein kontingentes Produkt des Politischen.

An diesem Punkt wird Mouffes Differenzierung zwischen *Politik* und *Politischem* bedeutsam. Mit Rekurs auf Heideggers ontisch-ontologische Differenz verortet Mouffe „Politik“ auf der ontischen und das „Politische“ auf der ontologischen Ebene (Mouffe 2020b: 15–16). Während *das Politische* den jeder Gesellschaft inhärenten Antagonismus bezeichnet, umfasst *Politik* „die Gesamtheit der Verfahrensweisen und Institutionen“ (ebd.: 16), die eine gesellschaftliche Ordnung stabilisieren und das antagonistische Wesen menschlichen Zusammenlebens organisieren (ebd.; Mouffe 2018: 102–103). Die Politik wird dabei maßgeblich vom ihr zugrunde liegenden Politischen beeinflusst und es ist ihre Herausforderung die antagonistische Dimension des Politischen zu „*sublimier[en]*“ (Mouffe 2020b: 31)⁵. Das „Primat des Politischen“ (Flügel-Martinsen/Marchart 2014: 198) über die Politik und die Frage der Zivilisierung des ihm immanenten Antagonismus durch eine adäquate Institutionalisierung des politischen Konflikts und durch Bereitstellung entsprechender Subjektpositionen geraten in der Folge zur wichtigsten Fragestellung von Mouffes Demokratietheorie.⁶

2 Plurale Demokratie und die Zähmung des Politischen

Im Anschluss an die vorangegangene Aufarbeitung von Mouffes und Laclaus Gesellschaftstheorie und die Herleitung des Begriffs des Politischen kann sich nun mit den daraus folgenden Implikationen für die plurale Demokratie befasst werden. Das Prädikat „*plural*“ ist hierbei von entscheidender Bedeutung. Mit dem Ende des Ancien Régime und der Loslösung von letzten Gewissheiten wurde Macht zu einer für die moderne liberale Demokratie wesensgebenden Leerstelle, um die sich ein pluraler Wettbewerb der symbolischen Repräsentation entwickelte und institutionalisierte (Lefort 1988: 16–20). Während die Exklusions- und Äquivalenzlogik des Antagonismus dazu tendieren, symbolische Differenzen in der Gesellschaft zu beseitigen, ist die Anerkennung von legitimen Differenzen die Kernerrungenschaft moderner, *liberalisierter* Demokratien (Mouffe 2018: 34). Demokratie und liberaler Pluralismus teilen Mouffe zufolge jedoch keinen notwendigen Zusammenhang, sondern entspringen im Gegenteil mitunter zwei entgegengesetzten Logiken, die sich nur in einem grundsätzlichen Spannungsverhältnis

⁵ Einführung des Begriffs im Original durch Guillemets, bzw. Spitzzeichen, hier kontextuell wiedergegeben durch eine Kursivstellung.

⁶ Vgl. hierfür v. a. Mouffe 2018, 2016.

miteinander vereinbaren lassen (ebd.: 20–22). Diese Behauptung erfordert aber zuallererst eine theoretische Beschäftigung mit Carl Schmitt.

2.1 Carl Schmitt und das Verhältnis von Demokratie und liberalem Pluralismus

Carl Schmitt ist sicherlich eine umstrittene Quelle für theoretische Anleihen. Er gilt als „Totengräber von Weimar“ (Ottmann 1990: 61) und vertritt einen entschiedenen Antiliberalismus. Schmitts Feindseligkeit gegenüber der Weimarer Republik und sein intellektuelles Agieren zugunsten der Nationalsozialisten führen vor dem Hintergrund der NS-Diktatur nicht zu Unrecht zu einer liberalen Grundskopsis bei seiner Rezeption. Nichtsdestotrotz finden sich bei Schmitt zentrale Einsichten über theoretische Unzulänglichkeiten des politischen Liberalismus. Für Mouffe leistet Schmitt einen wichtigen Beitrag, einerseits zum Verständnis des antagonistischen Wesens des Politischen und andererseits zur Anerkennung der Widersprüchlichkeiten zwischen Demokratie und Liberalismus (Oppelt 2014: 267). Insbesondere Schmitts Diskussion über die (Un-)Vereinbarkeit von Demokratie und Liberalismus ist für Mouffe von großer theoretischer Bedeutung.⁷

Ausgangspunkt für die Befassung mit Schmitt stellt sein Verständnis des Politischen dar. Liberalen wirft er vor, im Zuge ihres methodologischen Individualismus unfähig zu sein, das genuin Politische zu begreifen.

„In einer überaus systematischen Weise umgeht oder ignoriert das liberale Denken den Staat und die Politik und bewegt sich statt dessen in einer typischen, immer wiederkehrenden Polarität von zwei heterogenen Sphären, nämlich von Ethik und Wirtschaft, Geist und Geschäft, Bildung und Besitz. Das kritische Mißtrauen gegen Staat und Politik erklärt sich leicht aus den Prinzipien eines Systems, für welches der Einzelne terminus a quo und terminus ad quem bleiben muß.“ (Schmitt 1991: 69–70)

Die Fixierung auf das Individuum mache sie blind gegenüber dem konstitutiven Stellenwert von kollektiven Identitäten für das Politische (Mouffe 2020b: 18). Für Schmitt liegt die Spezifik des Politischen in einer immerwährenden realen Möglichkeit der „Unterscheidung von *Freund* und *Feind*“ (Schmitt 1991: 26)⁸. Jeder gesellschaftliche Gegensatz verfügt über das Potential, solange er Menschen in Freund und Feind einzuteilen vermag, sein partikulares Sachgebiet zu transzendieren und ein *politischer* Gegensatz zu werden (ebd.: 36–37). Ein politischer Antagonismus offenbart „den äußersten Intensitätsgrad einer Verbindung oder Trennung, einer

⁷ Vgl. hierbei für die folgenden zwei Unterkapitel meine Auseinandersetzung im Rahmen einer vorangegangenen Hausarbeit: Meier, Maximilian 2022: *Chantal Mouffe und Carl Schmitt: Schließen sich Demokratie und Liberalismus gegenseitig aus?* (Ludwig-Maximilians-Universität: Unveröffentlichte Hausarbeit), München.

⁸ Hervorhebung wie im Original.

Assoziation oder Dissoziation“ (ebd.: 27). An diesem Punkt ist Schmitt mit seiner Betonung der antagonistischen Relationalität kollektiver Identitäten für Mouffe (2020b: 23) und ihre poststrukturelle Theorienperspektive sehr anschlussfähig. Gleichzeitig wird er an dieser Stelle jedoch auch zur Herausforderung, da Schmitt die Konsequenzen seines Denkens klar ausformuliert. Denn der Feind ist für Schmitt (1991: 27, 29) kein einfacher Diskussionsgegner oder wirtschaftlicher Konkurrent, sondern der existenziell Fremde, der durch seine Andersheit die eigene Existenz negiert und bekämpft werden muss. Das zieht die allgegenwärtige Möglichkeit des Kampfes über Leben und Tod als letztmögliche Form des Antagonismus nach sich (ebd.: 33). Krieg stellt für Schmitt ohne Wertungen „nur die äußerste Realisierung der Feindschaft“ (ebd.) dar.

Mit der Unversöhnlichkeit *politischer* Antagonismen geht die Notwendigkeit der Entscheidung einher – für Schmitt eine weitere blinde Stelle des Liberalismus. Als Folge seiner Unfähigkeit, das Politische zu begreifen, und des Verharrens im Bereich der Ökonomie und Ethik, müsse der Liberalismus das Momentum der Entscheidung verleugnen und sich mit „ewiger Diskussion“ (Schmitt 1991: 71) begnügen.

„Sein Wesen ist Verhandeln, abwartende Halbheit, mit der Hoffnung, die definitive Auseinandersetzung, die blutige Entscheidungsschlacht könnte in eine parlamentarische Debatte verwandelt werden und ließe sich durch ewige Diskussion ewig suspendieren“ (Schmitt 2004: 67)

Der liberale Parlamentarismus mit seinem Glauben an „government by discussion“ (Schmitt 2017: 12), wobei jeder gesellschaftliche Antagonismus kraft vernünftiger Argumente und der Bereitschaft, sich überzeugen zu lassen, in einer metaphysisch rationalen Konsensentscheidung aufgelöst werden könne, entspricht Schmitt (2017: 9–11) zufolge längst nicht mehr der empirischen Wirklichkeit seiner Zeit. Stattdessen beobachtet er ein zu einem „praktisch-technischen Mittel“ (Schmitt 2017: 13) degeneriertes Parlament, in dem öffentliche Fragen zu „Beute- und Kompromißobjekte[n] von Parteien“ (ebd.: 8) verkommen seien und in dem es allein um partikuläre Eigeninteressen, Regierungsmehrheiten und letztlich Macht ginge (ebd.: 9–11). Damit sei der liberale Parlamentarismus, neben dem Bolschewismus und Faschismus, nur eine Methode der demokratischen Willens- und Entscheidungsfindung und stehe keinesfalls in einem notwendigen Zusammenhang mit Demokratie (ebd.: 21–23). Demokratie fuße nach Schmitt auf einer Reihe von sinnhaften Einheiten, vor allem der „Identität von Regierenden und Regierten“ (ebd.: 35) und der „Identität von Gesetz und Volkswillen“ (ebd.). Die Herrschaft der *volonté générale* im Sinne Rousseaus (2010), eines metaphysisch „wahren“ Volkswillens, ist somit auch nach Schmitt das zentrale Merkmal von Demokratie (Schmitt 2017: 35). Daraus ergibt

sich für ihn allerdings das Urproblem jeder Demokratie, nämlich die Problematik der „Identifikation“ (ebd.) des „wahrhaftigen“ Gemeinwillens. Entscheidend ist die Erkenntnis, dass der liberale Parlamentarismus eben nur eine Methode der Willensbildung unter anderen ist und für Schmitt vor allem eine besonders dysfunktionale Methode.

Aus Schmitts Begriff des Politischen, seiner Konzeption identitärer Demokratie und der Notwendigkeit der Dezision ergeben sich mit Blick auf Demokratie und Pluralismus weitreichende Konsequenzen. Diese können durch folgende Zusammenfassung von Schmitts (2017) Argumentation expliziert werden: Demokratie erfordert die Identifikation eines *einheitlichen* Volkswillens; dieser Volkswille ist der politische Wille einer *politischen Einheit* namens Volk; damit eine politische Einheit aber *politisch* sein kann, muss sie auf einer Freund-Feind-Unterscheidung beruhen, und damit sie *einig* sein kann, muss sie in Bezug auf diese Unterscheidung *homogen* sein.

„Jede wirkliche Demokratie beruht darauf, daß nicht nur Gleiches gleich, sondern, mit unvermeidlicher Konsequenz, das Nicht-gleiche nicht gleich behandelt wird. Zur Demokratie gehört also notwendig erstens Homogenität und zweitens – nötigenfalls – die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen“ (Schmitt 2017: 13–14).

Demokratie basiere einerseits auf einer Gleichartigkeit innerhalb des Demos und andererseits auf einem Ausschluss aller Ungleichartigkeit vom Demos. Für Schmitt impliziert Gleichartigkeit eine essentielle „*Substanz der Gleichheit*“ (Schmitt 2017: 14)⁹. Exemplarisch nennt er hier eine geteilte tugendhafte, religiöse oder nationale Substanz einer Gemeinschaft (ebd.). Worin diese Substanz der Gleichheit auch bestehen mag, wichtig ist für Schmitt (Schmitt 2017: 14) vor allem, dass sie stets die Möglichkeit der Ungleichheit offenbart. Das hat zwei schwerwiegende Folgen: Erstens wird die Vorstellung einer „Menschheitsdemokratie“ (ebd.: 16) auf Grundlage einer universellen Menschengleichheit zu einer liberalen „individualistisch-humanitäre[n] Moral und Weltanschauung“ (ebd.: 18) degradiert. Sie ist für Schmitt (ebd.: 16–18) nur eine liberale Illusion, da sie der konstitutiven Möglichkeit der Ungleichheit entbehrt und folglich nur eine substanzlose, apolitische Gleichheit darstellt, die der politischen und demokratischen Notwendigkeit der Exklusion entgegensteht. Zweitens muss Schmitts identitäre Demokratie vor dem Hintergrund seines Politikverständnisses jede Möglichkeit eines liberalen Pluralismus zwangsläufig negieren. Demokratie erfordert für ihn (ebd.: 13–14) Homogenität und die Beseitigung alles Heterogenen innerhalb eines Staates, einer *politischen* Einheit. Parteienpluralismus und eine Pluralität von innerstaatlichen Gegensätzen sind für Schmitt (1991: 32) undenkbar, da sie jede politische Einheit,

⁹ Hervorhebung im Original durch Sperrschrift, hier wiedergegeben durch Kursivstellung.

jede Einheit des Volkes unterminieren und letzten Endes immer die Möglichkeit des Bürgerkrieges, in Tradition reaktionären Denkens die völlige Unordnung, hervorzurufen vermögen. Für Schmitt existiert lediglich die Möglichkeit eines „Pluralismus der Staatenwelt“ (ebd.: 54), in welchem homogene politische Gemeinschaften das politisch Fremde jenseits ihrer Staatsgrenzen dislozieren. Gegeben die antagonistische Dimension seines Begriffs des Politischen und sein Beharren auf einem substantiell homogenen Demos, muss Schmitt zu der Schlussfolgerung kommen, dass Demokratie und liberaler Pluralismus sich letztlich unversöhnlich gegenüberstehen.

2.2 Mouffe und ihr agonistischer Pluralismus

Chantal Mouffe teilt Schmitts Postulat über die gänzliche Unvereinbarkeit von Demokratie und Pluralismus nicht. Dennoch gibt sie Schmitt in einigen Punkten recht. Schmitts ontologischer Begriff des Politischen, die Konflikthaftigkeit des Sozialen, findet in Mouffes gesellschaftstheoretischen Überlegungen in Bezug auf die Bedeutung kollektiver Identitäten, der Kontingenz des Politischen und dem für das Politische konstitutiven Antagonismus starken Anklang und Zustimmung (Mouffe 2020b: 22–25). Darauf aufbauend gesteht sie Schmitt auch zu, dass Demokratie auf der Identifikation eines Volkes als *politische Einheit* und daher auf der „Notwendigkeit irgendeiner Art von ‚Homogenität‘“ (Mouffe 2018: 65) beruht. Diese Notwendigkeit offenbart das für die Demokratie konstitutive Moment des Ausschlusses (ebd.: 54–57). Damit ein Demos *politisch* sein kann, muss ihm eine Wir-Sie-Unterscheidung zugrunde liegen, und damit es *einig* sein kann, muss es zur Selbstkonstitution das „Sie“ ausschließen (ebd.). Der entscheidende Unterschied zu Schmitt besteht nun allerdings in der Konstitution einer homogenen Volksidentität. Mouffe zufolge begeht Schmitt an dieser Stelle eine theoretische Inkonsistenz – einen „Taschenspielertrick[]“ (Mouffe 2018: 65) – um Demokratie und liberalen Pluralismus als miteinander unvereinbar zu präsentieren. Einerseits behauptet er, dass das Politische in der allgegenwärtigen Möglichkeitsbedingung der Freund-Feind-Gruppierung läge und somit kontingent sei.¹⁰ Andererseits insistiert er darauf, dass ein Volk als *politische* Einheit sich auf einer empirisch-gegebenen, substantiellen Einheit gründe.¹¹ Der inhärente Widerspruch besteht nun darin, dass die Identifikation eines Volkes als politische Einheit nicht gleichzeitig auf einer politisch kontingenten und präexistent-substantiellen Unterscheidung beruhen kann (ebd.: 64–67). Entweder ist die Einheit eines Volkes eine empirische Positive, dann ist sie jedoch nicht *politisch*, oder sie ist eine politisch Etablierte, dann ist sie wiederum nicht *empirisch gegeben* (ebd.: 65). Um ein Volk wirklich als *politische Einheit* zu konstruieren, was für Demokratie

¹⁰ Vgl. Schmitt 1991.

¹¹ Vgl. Schmitt 2017.

unerlässlich ist, braucht es für Mouffe (ebd.: 65–67) demnach zwar eine gewisse von der Gemeinschaft geteilte Gleichartigkeit und auch den Ausschluss des je Ungleichartigen. Entsprechend ihrer poststrukturalistischen Theorie des Sozialen kann sich ein Volk jedoch niemals vollständig konstituieren, sondern bleibt immer nur kontingentes Resultat hegemonialer Konfrontationen (ebd.: 66). Jede hegemoniale Einheit und jede antagonistische Exklusion sind immer nur prekär und durch alternative politische Artikulationen anfechtbar (ebd.). Infolgedessen wird eine Pluralität rivalisierender Interpretationen von Volk und Volkswillen zur notwendigen Existenzbedingung von Demokratie (ebd.: 66–67). Die vorangegangene poststrukturalistische Überwindung von Carl Schmitt zieht somit mehrere Konsequenzen für die Vereinbarkeitsfrage von Liberalismus und Demokratie nach sich.

Erstens wird auch bei Mouffe (2018: 52–53) dem liberalen Universalismus einer Menschheitsdemokratie eine Absage erteilt. Aufgrund der Erforderlichkeit, ein Volk *politisch* zu konstruieren, bedarf es neben der Anerkennung kollektiver Identitäten immer der „Möglichkeit einer *Unterscheidung*“ (ebd.: 52)¹² zwischen einem „Wir“ und einem „Sie“. Das macht den Ausschluss alternativer Artikulationen bei der Definition eines Volkes unabdingbar (ebd.: 53–56). Da aber jede hegemoniale Konstruktion eines Volkes kontingent ist, kann jeder ihr zugrunde liegende Ausschluss durch das liberale Beharren auf universellen Menschenrechten immerzu infrage gestellt und neuverhandelt werden (ebd.: 56). Der Widerstreit zwischen der demokratischen Hervorbringung einer hegemonialen Volksidentität und der liberalen Infragestellung eben jener hegemonialen Identität im Namen der Menschenrechte führt Mouffe zur Formulierung eines für ihre Theorie zentralen Paradoxons:

„In einer liberalen Demokratie werden der Ausübung der Volkssouveränität immer Grenzen gesetzt. Diese Grenzen werden gewöhnlich so präsentiert, als würden sie den eigentlichen Rahmen für die Respektierung der Menschenrechte bereitstellen und als wären sie nicht verhandelbar. In Wirklichkeit sind sie Ausdruck der vorherrschenden Hegemonie und somit anfechtbar, da sie von der Weise abhängen, in der ‚Menschenrechte‘ zu jedem bestimmten Zeitpunkt definiert und interpretiert werden. Was in einer liberalen Demokratie nicht angefochten werden kann, ist die Idee, dass es legitim ist, der Volkssouveränität im Namen der Freiheit Grenzen zu setzen. Daher ihre paradoxe Natur“ (Mouffe 2018: 22).

Demokratie und ihre grundlegenden Wertvorstellungen wie Volkssouveränität und Gleichheit stehen – im Gegensatz zu Habermas’ Konzept der Gleichursprünglichkeit – in keiner notwendigen Verbindung mit dem Liberalismus und seinem normativen Fundament individueller Freiheiten und allgemeiner Menschenrechte (Mouffe 2018: 20, 89). Dass beide Denkschulen sich in Form der modernen liberalen Demokratie wiederfinden, ist im Wesentlichen ein historisch kontingentes

¹² Hervorhebung wie im Original.

Ergebnis, da beide Traditionen trotz ihrer Widersprüchlichkeiten nach und nach gemeinsam artikuliert wurden (ebd.: 20). Infolgedessen stehen sie aufgrund ihrer Gegensätzlichkeit aber in einem wesensgebenden Spannungsverhältnis, welches einem „konstanten Prozess der Verhandlung und Neuaushandlung“ (ebd.: 57) unterliegt.

Zweitens folgt aus der poststrukturalistischen Zuwendung zur Kontingenz von Demokratie und Liberalismus die Möglichkeit des Pluralismus. Das Zusammenspiel der demokratischen Logik der Ausschließung und der liberalen Logik der Herausforderung jedes Ausschlusses verhindert, dass ein Volk und ein Gemeinwille sich als allumfassend und einzig legitim konstituieren können (Mouffe 2018: 56–57). Die konstitutive Unmöglichkeit der Schließung des liberaldemokratischen Diskurses, bzw. nach Lefort (1988: 17) die Unmöglichkeit der Besetzung der für moderne Demokratien konstitutiven Leerstelle der Macht, ermöglicht einer Vielzahl von konkurrierenden Einheits- und Gemeinwohlinterpretationen, die legitime symbolische Repräsentation jener Leerstelle zu beanspruchen (Mouffe 2018: 105). Welche Interpretation sich dabei durchsetzt und hegemonial wird, ist letztlich eine Frage gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Jede hegemoniale Ordnung, die in der Folge als legitim angesehen wird, geht darauf zurück, dass sich eine soziale Macht durchsetzen konnte – gleichermaßen geht eine Macht in der hegemonialen Auseinandersetzung wiederum gerade deswegen als triumphal hervor, weil es ihr gelingt, sich als legitim darzustellen (ebd.: 102). Die Legitimität einer Volksherrschaft ist demnach ein rein *kontingentes* Ergebnis sozialer Machtbeziehungen (ebd.). Hierin findet sich ein gewichtiger Unterschied zu namhaften liberalen Ansätzen deliberativer Demokratie. Aufgrund ihrer Blindheit für gesellschaftliche Machtverhältnisse im Zuge ihrer Unfähigkeit, das genuin Politische zu begreifen, wirft Mouffe (2018: 93–96) Vertretenden deliberativer Demokratie wie Jürgen Habermas oder John Rawls vor, Legitimität auf einem metaphysischen Restglauben an intersubjektive Rationalität oder Moral gründen zu wollen. Der Versuch, Privates vom Öffentlichen und Ethisches vom Moralischen zu trennen und öffentlich-moralische Fragen wie die nach den Prinzipien der liberalen Demokratie in einem abschließenden rationalen Konsens endgültig aufzulösen, ist für Mouffe (Mouffe 2018: 93–96) ein Versuch, dem der Moderne immanenten Wertpluralismus zu entfliehen und ihn in letzter Konsequenz im Bereich des Politischen zu beseitigen. Es ist aber gerade die Unmöglichkeit, die unentscheidbare Frage nach den letzten normativen Prinzipien zu entscheiden, bzw. die unbesetzbare Leerstelle der Macht zu besetzen, die einen politischen Pluralismus lebensfähig macht und somit zur eigentlichen Existenzvoraussetzung der modernen *pluralen* Demokratie wird (ebd.: 66–67). Infolgedessen wird sichtbar, dass Schmitts Verdikt, Demokratie und Pluralismus seien miteinander grundsätzlich unvereinbar, nicht in dieser Absolutheit zutrifft. Die kontingente Artikulation von demokratischer Volkssouveränität und liberalen Menschenrechten, die zweifelsohne in einem unversöhnlichen

Spannungsverhältnis miteinander stehen, ermöglichen erst einen *politischen* Pluralismus unterschiedlicher Wertevorstellungen.

Aus der Unmöglichkeit, die Frage nach letzter normativer Wahrheit zu entscheiden, bzw. die Leerstelle der Macht ein für allemal zu besetzen, folgt noch nicht, dass es Subjekte nicht versuchen würden. Damit ein demokratischer Pluralismus allerdings bestehen kann, bedarf es, wie Lefort (Lefort 1988: 17) bereits bemerkte, einer Institutionalisierung der Unentscheidbarkeit und Offenheit der Machtstelle. Exakt diese Funktion erfüllt Mouffes (2018) Konzept des *agonistischen Pluralismus*. Ihm liegt, wie bereits in 1.3 erwähnt, die Unterscheidung zwischen Politik und dem Politischem zugrunde. Der Politik obliegt die Aufgabe, das antagonistische Wesen des Politischen gesellschaftlich zu organisieren (ebd.: 102–103). Aus der Perspektive des agonistischen Pluralismus zielt *demokratische* Politik – im Gegensatz zu Theorien deliberativer Demokratie – nicht auf die Eliminierung des politischen Antagonismus ab, sondern auf seine Entschärfung (ebd.: 103). Die zentrale Herausforderung des agonistischen Pluralismus ist es, in Hinsicht auf Mouffes Gesellschaftstheorie, kollektive Identitäten nicht entlang einer politischen Feindschaft, sondern entlang einer legitimen Gegnerschaft, die Mouffe „*Agonismus*“ (ebd.: 104)¹³ nennt, zu konstruieren. Dies gelingt durch die Koexistenz einer weitgehenden Einigkeit über das liberaldemokratische Wertefundament von Freiheit und Gleichheit einerseits und einer Meinungsverschiedenheit lediglich in der Interpretation und Auslegung dieser Werte andererseits (ebd.: 103). Feinde werden dadurch ironischerweise zu

„freundschaftliche[n] Feinde[n]“ [...], die Freunde sind, weil sie einen gemeinsamen symbolischen Raum teilen, zugleich aber Feinde, weil sie diesen gemeinsamen symbolischen Raum auf unterschiedliche Art organisieren wollen“ (Mouffe 2018: 30).

Die Konstruktion eines geteilten symbolischen Raumes erfordert, die darin agierenden Subjekte an die gemeinsamen liberaldemokratischen Werte zu binden. Diese Bindung kann sich Mouffe (2018: 69–84, 96–100) zufolge mit Referenz auf Wittgensteins Rationalismuskritik aber nicht auf Grundlage einer vernünftigen Einsicht als Resultat einer intersubjektiven Rationalität entwickeln, wie deliberative Theorien es behaupten. Stattdessen gilt es, der Bedeutung von geteilten demokratischen „Lebensformen“ (ebd.: 77) im Sinne Wittgensteins sowie psychoanalytischen Erkenntnissen von Freud, Lacan und Žižek mit Blick auf die Wirkung von Emotionen und Affekten Rechnung zu tragen (ebd.: 98; Mouffe 2020b: 36–41). Sigmund Freud zufolge werden politische Gemeinschaften durch Identifikation, also der Herausbildung libidinöser Kollektivbindungen, als Konsequenz des menschlichen Lebenstrieb *Eros* geeint (ebd.: 36–37). Jacques Lacans Konzept der *jouissance* ergänzt Freud damit, dass diese libidinösen Bindungen auf ein gemeinsames imaginäres *Ding*

¹³ Hervorhebung wie im Original.

bezogen sind und nur das triebhafte Begehren der *jouissance*, des Genießens, zusammengehalten werden (ebd.: 38–39). Das hat zur Folge, dass zur Bindung der Subjekte an die liberale Demokratie eine Reihe von „demokratische[n] Individualitäts- und Subjektivitätsformen“ (Mouffe 2018: 98) zur Identifikation, wie beispielsweise „liberal-konservativ, sozialdemokratisch, neoliberal, radikal-demokratisch [...]“ (ebd.: 105), angeboten werden sollten. Außerdem sollte im Anschluss an Freud dem Todestrieb *Thanatos*, dem notwendigen Gegenpart des Eros, Institutionen zu dessen Entschärfung bereitgestellt werden (Mouffe 2020b: 37–38). Die Institutionalisierung und Legitimierung von politischem Streit, auch von leidenschaftlichem Streit, ist eine unerlässliche Notwendigkeit, um Schmitts (2004: 67) „blutige Entscheidungsschlacht“ friedlich zu lösen und um essentialistisch geführte Antagonismen zu verhindern (Mouffe 2018: 104–105, 2020b: 43). Hierfür beruft sich Mouffe (2020b: 31–33) auf Elias Canettis Überlegungen zum Parlamentarismus als Darbietungsort des zivilisierten Kampfes, der politischem Pluralismus Raum gibt und ihn friedlich durch Abstimmungen temporär entscheidet (ebd.).

Durch den Einbezug der affektiv-emotionalen Dimension erreicht Mouffe, ihr Modell des agonistischen Pluralismus psychoanalytisch zu untermauern und plausibilisieren. Damit fußt es einerseits auf einem affektiven Konsens über die Werte der liberalen Demokratie, gleichzeitig aber ebenso auf einem agonistischen Dissens bezüglich der Betonung und Auslegung jener Werte (Mouffe 2018: 104–105). Es handelt sich hierbei also um einen „*konfliktorische[n] Konsens*“ (ebd.: 105)¹⁴ über die Wertprinzipien der liberalen Demokratie. Dabei wird erneut die paradoxe Natur der modernen liberalen Demokratie deutlich. Nur aus diesem Grund können sowohl Schmitts radikaler politischer Dezisionismus als auch die liberale Beseitigung des Politischen zurückgewiesen und Demokratie und Pluralismus zusammengedacht werden.

3 Populismus und die Wiederbelebung des Politischen

Der Begriff „Populismus“ ist in der deutschen Sprache eindeutig negativ konnotiert. Das wird nicht zuletzt sichtbar, wenn man einen Blick in ein fachfremdes Online-Wörterbuch wie den Duden wirft. Die Dudenredaktion (o. J.) definiert *Populismus* als eine „von Opportunismus geprägte, volksnahe, oft demagogische Politik, die das Ziel hat, durch Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen (im Hinblick auf Wahlen) zu gewinnen“. Das Prädikat „demagogisch“, also das Volk verführend, zeigt hierbei sehr eindrücklich die abwertende Wirkung des Begriffs: Populismus nutze durch „Dramatisierung“, einer Verzerrung der Wirklichkeit, die unbewusste und irrationale Triebhaftigkeit der Massen aus, um sie *illegitimerweise* für

¹⁴ Einführung des Begriffs im Original durch Guillemets, bzw. Spitzzeichen, hier kontextuell wiedergegeben durch eine Kursivstellung.

bestimmte opportunistische Absichten zu manipulieren. Diese pejorative Wirkung der Begriffsbestimmung der Dudenredaktion kennzeichnet durchaus die gängige Sprechintention bei der Verwendung von „Populismus“ im öffentlichen Diskurs.

Ernesto Laclau, einer der namhaftesten Populismus-TheoretikerInnen, kann einer solchen werturteilbehafteten Begriffsbestimmung nur widersprechen. Für ihn (2022) entspringt Populismus keiner Psychopathologie menschlicher Gemeinschaften, sondern stellt eine genuin politische Logik dar. Für Mouffes linken Populismus sind Laclaus Erkenntnisse hinsichtlich der populistischen Logik als einer politischen Logik ein zentraler Anknüpfungspunkt, um eine inklusive und emanzipatorische Bürgeridentität zu konstruieren (Mouffe 2020a: 20). Ein nachfolgender Rekurs auf Ernesto Laclau ist daher unumgänglich.

3.1 Ernesto Laclau und die populistische Logik

Ernesto Laclaus Populismustheorie stützt sich zu einem großen Teil auf seine, mit Chantal Mouffe gemeinsamen, diskurs- und gesellschaftstheoretischen Überlegungen, die bereits im ersten Kapitel betrachtet wurden.¹⁵ Mouffes Demokratietheorie und ihr Rekurs auf Schmitts Politikbegriff im darauffolgenden zweiten Kapitel führen nun geradeweg zum zentralen Gegenstand von Laclaus Auseinandersetzung mit dem Populismus, nämlich der politischen Konstruktion eines Volkes. In *Die populistische Vernunft* widmet sich Laclau (2022) der Herausbildung kollektiver Identitäten als der eigentlichen Grundlage von Politik. Wie Mouffe bereits bemerkte, gilt es, hierfür den methodologischen Individualismus und Rationalismus des Liberalismus beiseitezulegen und sich unter Rezeption psychoanalytischer Betrachtungen stärker der affektiven Dimension des Politischen zuzuwenden (Laclau 2022: 21–24).

Dafür muss sich allerdings zunächst kritisch mit bestehenden Definitionsversuchen von Populismus auseinandergesetzt werden. Diese beschäftigten sich Laclau (2022: 27–38) zufolge entweder mit der Identifikation verschiedener historischer populistischer Phänomene und ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Trägerschaft oder mit der Charakterisierung von Populismus als einer irrationalen Form „bloßer Rhetorik“ (ebd.: 44) oder ideologischer Leere und Unbestimmtheit. Aufgrund ihrer rationalistischen Fixierung und ethischen Voreingenommenheit verkennen existierende Begriffsbestimmungen, die politische *differentia specifica* des Populismus analytisch zu fassen (ebd.: 41–44). Populismus ist entgegen der Hegemonie des rationalen Denkens

¹⁵ Vgl. hierfür Laclau/Mouffe 2020.

keine Anomalie, sondern verfolgt eine eigene Vernunft und ist „ein notwendiger Bestandteil der Politik im Allgemeinen“ (ebd.: 44).

Diese Behauptung bedarf der psychoanalytischen Aufarbeitung. Ausgehend von Gustave Le Bon wendet sich Laclau der Frage zu, was menschliche Gemeinschaften zusammenhält. Le Bon erweist sich für Laclau und Mouffes Diskurs- und Sozialtheorie (vgl. Kapitel 1) mitunter sehr anschlussfähig. Seine konzeptionelle Trennung von Wort und Bild sowie die Möglichkeit der Bedeutungsübertragung gleichen der poststrukturalistischen Unterscheidung zwischen Signifikant und Signifikat sowie dem Postulat der Überdeterminierung (Laclau 2022: 47–56). Zwar litten Gustave Le Bons Überlegungen unter dem metaphysischen Glauben, Wörter und Bilder verfügten über eine „wahre“ Verbindung und seien nicht im poststrukturalistischen Sinne kontingent, aber seine Erkenntnis, dass der Zusammenhalt der Masse auf der Suggestion von Wörtern beruhe, die mächtige Bilder unabhängig von deren eigentlicher Bedeutung hervorrufen, ist für Laclaus Konzept leerer Signifikanten von zentraler Bedeutung (ebd.). Die populistische Logik lässt sich hier ansatzweise in der Bewegung von einem Wort mit einer einfachen Bedeutung zu einem mit einer mächtigeren Bedeutung unter der Wirkung von rhetorischen Mitteln beschreiben (ebd.). Das Problem ist Laclau (ebd.) zufolge lediglich, dass diese Form der Bedeutungsübertragung durch den Glauben an „wahre“, festgesetzte Bedeutungen als „irrational“ und die Masse in der Folge als „pathologisch“ abgetan wurden. Erst mit dem Triumph einer stärker psychologisch orientierten Schule über die damals vorherrschende Tendenz, Suggestion und Massenverhalten physiologisch zu erklären, wurde die Masse vom Vorwurf der Pathologie rehabilitiert und ihre Verhaltensstruktur als Grundlage „jede[r] Art von sozialpolitischem Leben“ normalisiert (Laclau 2022: 66, 61–67)¹⁶. Dennoch fanden sich in den frühen Arbeiten zur Massenpsychologie mit Blick auf die Arbitrarität von Signifikant und Signifikat sowie auf die Bedeutung der Suggestion, des Leidenschaftlichen und der Bindung an eine Führungsperson wegweisende Ansätze zur Beschreibung des Sozialen (ebd.: 66). Für eine sozialpsychologische Weiterentwicklung dieser Ansätze rekurriert Laclau (2022: 67–79) auf Gabriel Tarde und William McDougall. Mit der Entstehung des Pressewesens und einer immer breiteren, nicht-physischen Öffentlichkeit bedurfte es Tarde zufolge einer Unterscheidung zwischen loser Massen und stärker organisierten Kollektiven (ebd.: 72–73). Letztere teilen im Gegensatz zu Ersteren nicht notwendigerweise eine unmittelbare physische Nähe, sondern gründen sich allein auf einem gemeinsamen psychischen Zustand (ebd.: 72–77). Der Zusammenhalt einer Masse beruht nach McDougall also auf der „Entfesselung und Intensivierung von Gefühlen“ (ebd.: 75),

¹⁶ Hervorhebung wie im Original.

die libidinöse Bindungen bezüglich eines geteilten Identifikationsobjektes etablieren (ebd.: 74–79). An diesem Punkt bringt ein Rekurs auf Sigmund Freud den entscheidenden Durchbruch für Laclaus Populismustheorie (ebd.: 79–88). Freuds Konzept der *Libido*, also derjenigen Triebe, die sich als „Liebe“ charakterisieren lassen, ersetzt die „Suggestion“ als sozialen Klebstoff (ebd.: 80). Die Herausbildung libidinöser Bindungen als Akt der kollektiven Identifizierung mit einem idealisierten Objekt, einer Führerfigur, stellt Freud zufolge die Grundlage jeglicher menschlichen Gemeinschaft dar (ebd.: 82–84). Für Freud ist die Masse „eine Anzahl von Individuen, die ein und dasselbe Objekt an die Stelle ihres Ichideals gesetzt und sich infolgedessen in ihrem Ich miteinander identifiziert haben“ (Freud 1974: 108)¹⁷. In Bezug auf dieses gemeinsame, libidinös sublimierte Objekt sind alle Elemente einer Gruppe im Sinne Mouffes und Laclaus Gesellschaftstheorie äquivalent. Die Konstruktion derartiger Äquivalenzverhältnisse vor dem Hintergrund des differentiellen Raums des Sozialen zur Konstitution eines Volkes gerät zu einem primären Bestandteil von Laclaus Populismustheorie (Laclau 2022: 89–92).

Aufbauend auf dieser psychoanalytischen Untermauerung kann sich nun der Charakterisierung von Populismus zugewendet werden. Populismus stützt sich nach Laclau (2022: 95–101) auf drei ontologische Grundannahmen. Erstens, Objektivität und Wirklichkeit werden innerhalb eines Diskurses relational produziert. Zweitens, jede objektive Wirklichkeitsordnung ist das Ergebnis hegemonialer Praktiken und wird durch leere Signifikanten zusammengehalten. Drittens, die Produktion von leeren Signifikanten beruht auf der Rhetorik, insbesondere der für sie konstitutiven Wirkungslogik der *Katachrese* (Laclau 2022: 99–101). Ausgehend von diesen drei fundamentalen Annahmen lassen sich die wesentlichen Merkmale der populistischen Logik beschreiben. Mit David Howarth (2015: 13–15; vgl. auch Griggs/Howarth 2008) können fünf zentrale Aspekte des Populismus ausgemacht werden.¹⁸ Als Erstes kann festgehalten werden, dass die populistische Logik durch die Zusammenführung verschiedener demokratischer Forderungen auf die Errichtung „eines Volkes“ bzw. einer kollektiven Identität abzielt (Laclau 2022: 101–106). Diese demokratischen Forderungen sind in ihrer Identität notwendigerweise gespalten: Einerseits drücken sie auf der ontischen Ebene inhaltlich unerfüllte, partikulare Anliegen aus; andererseits stehen sie auf einer ontologischen Ebene „dem System“ in ihrer unerfüllten Gesamtheit qua ihres Unerfülltseins feindselig gegenüber (ebd.: 115–118). Die Konstruktion einer hierfür verantwortlichen „Oligarchie“, die dem „Volk“ feindlich gegenübersteht, ist folglich das zweite Merkmal des Populismus. Diese antagonistische Zweiteilung des

¹⁷ Hervorhebung im Original.

¹⁸ Nachfolgend wird zwar weiterhin entlang Laclaus Originalwerk argumentiert, dabei wird sich allerdings der sinnhaften Gruppierung und Strukturierung von Howarth 2015 bzw. Griggs/Howarth 2008 bedient.

diskursiven Raums folgt drittens aus der grundlegenden Logik der Äquivalenz. Werden eine Reihe von demokratischen Forderungen in Bezug auf ihre Unerfülltheit als äquivalent artikuliert, erwachsen sie zu „populare[n] Forderungen“ (ebd.: 103)¹⁹. Sie bilden hinsichtlich ihrer „äquivalentiellen“ Beziehungen die Grundvoraussetzung solidarischer Identifizierung und die Ermöglichungsbedingung aller kollektiver Subjekte (ebd.). Damit sich aber Äquivalenzketten stabilisieren und eine Volksidentität konstituieren können, bedarf es viertens der hegemonialen Hervorbringung leerer Signifikanten (ebd.: 127). Sie vermögen den Mangel an einer imaginären Vollkommenheit der Gemeinschaft, der aus der Popularisierung der unerfüllten demokratischen Forderungen folgt, symbolisch zu füllen (ebd.: 115–116). Leere Signifikanten entstehen dadurch, dass eine der partikularen Forderungen die Verkörperung der Universalität aller äquivalentiellen Forderungen zu übernehmen versucht (ebd.: 126–127). Einerseits weitet sich eine Volksidentität in ihrem Allgemeinheitsanspruch mit jedem zusätzlichen Glied innerhalb der Äquivalenzkette aus, andererseits wird sie hierdurch bezüglich ihrer inhaltlichen Partikularforderungen auch schmaler und vager, und folglich durch leere Signifikanten wie z. B. „Gerechtigkeit“ repräsentierbar (ebd.: 127–128). Hierin zeigt sich auch der Gegensatz zwischen der populistischen und institutionalistischen Art und Weise der diskursiven Totalisierung. Während bei der institutionalistischen Totalisierung die einzige Äquivalenz in der legitimen Verschiedenartigkeit aller Forderungen liegt, wodurch ihre partikularen Inhalte gewahrt bleiben, fußt die populistische Totalisierung auf der weitgehenden äquivalentiellen Universalisierung einer Forderung zur einzig legitimen Forderung nach einer imaginären Fülle (Laclau 2022: 111). Der entscheidende Punkt der populistischen Logik ist allerdings nicht die alleinige diskursive Erzeugung leerer Signifikanten, sondern fünftens deren „radikale[] Besetzung“ (ebd.: 133), also die kraftvolle affektive Bindung von Subjekten an sie (Howarth 2015: 14). Dafür rezipiert Laclau (2022: 133–151) Lacan, Žižek und Copjec und postuliert, dass die von ihnen entwickelte Struktur des *objet petit a* sich gleichartig zur Struktur seiner Hegemonietheorie verhält. Das Streben nach der unmöglichen Fülle des Sozialen gleicht Copjecs Feststellung der psychischen Sehnsucht nach der ursprünglichen Mutter-Kind-Dyade (ebd.: 145). Wie alle Triebe zur Wiedererlangung dieser mythischen Vollkommenheit, so müssen auch alle Versuche, die abwesende Totalität der Gesellschaft zu erreichen, notwendigerweise scheitern (ebd.: 145–146). Infolge dieses Scheiterns kommt es nach Copjec zu einem Bruch des universellen Triebes in partielle Triebe, die sich im Sinne Lacans mit der *jouissance* der partiellen *objets petit a* begnügen (ebd.: 146). Vergleichbar zum Konzept leerer Signifikanten wird Copjec zufolge dabei ein

¹⁹ Hervorhebung wie im Original.

partielles *objet petit a* zum verloren gegangenen *Ding*, dem nach Freud primordialen, höchsten Begierdeobjekt, sublimiert, wodurch, wie bei einem leeren Signifikanten ein Überschuss an Bedeutung, ein Überschuss an *jouissance* entsteht (ebd.: 146–149). Ein Partialobjekt kann sich gesellschaftlich etwa im Namen einer führenden Persönlichkeit, einem formulierten Ziel oder in Symbolen äußern (ebd.: 150). Wichtig nach Copjec ist allerdings zu verstehen, dass das Partialobjekt das *Ding* nicht einfach repräsentiert, sondern dass es selbst zum *Ding* wird (ebd.: 147). Laclau bringt ihre Vorstellung folgendermaßen auf den Punkt: „[D]as Partialobjekt [ist] nicht *ein Teil eines Ganzen* [...], sondern *ein Teil, der das Ganze ist*“ (ebd.)²⁰. Gleichmaßen wird eine demokratische Forderung, die eigentlich ebenfalls nur eine partikuläre Forderung ist, zur universellen, populären Forderung. Der populistischen Logik ist es inhärent, dass sich ein *Teil des Volkes* aufgrund seines „defiziente[n] Sein[s]“ (ebd.: 116) im Streben nach der mythischen Vollkommenheit als Gesamtheit der Gemeinschaft, als das *ganze Volk* sieht (ebd.). Exakt diese Art der Totalisierung, ein kontingentes *objet petit a* erhebt sich zum mythischen *Ding*, ist mit Laclaus radikaler Besetzung gemeint. Die Logik des *objet petit a* auf dem Gebiet der Psychoanalyse wird zur ontologischen Grundlage der Objektivitätsgenerierung (ebd.: 149). Repräsentation erfasst keine präexistente Objektivität, sondern konstituiert selbst Objektivität (Laclau 2022: 149). Laclaus Hegemonietheorie ist mit Blick auf die hegemoniale Erzeugung leerer Signifikanten diesbezüglich kongruent.

Die populistische Logik kann schließlich zusammengefasst werden als eine Logik, die (1) auf der Konstruktion eines Volkes, der (2) antagonistischen Zweiteilung der Gesellschaft, der (3) Herausbildung von Äquivalenzketten, der (4) hegemonialen Produktion leerer Signifikanten und deren (5) radikale affektive Besetzung beruht. In der Konsequenz wird die populistische Logik zu einer *genuin politischen*, da sie mit der Herausbildung kollektiver Identitäten die „Instituierung des Sozialen“ (Laclau 2022: 151) erst gestattet. Die populistische Konstitution kollektiver Identitäten ist vor dem Hintergrund sozialer Heterogenität immerzu dynamischer Gegenstand hegemonialer Auseinandersetzungen (ebd.: 189–191). Das bringt ebenfalls weitreichende Folgen für die Demokratie mit sich. Verschreibt man sich dem Begriff der „identitären Demokratie“, der im zweiten Kapitel mit Rekurs auf Schmitt und Mouffe tiefgehend charakterisiert wurde, dann wird die populistische Logik zur Etablierung eines Volkes und zur Heraukristallisierung eines Volkswillens, einer universellen Forderung, zur notwendigen Grundvoraussetzung von Demokratie (ebd.: 205–206). Die von Lefort (1988) beschriebene Leerstelle der Macht innerhalb der Demokratie wird bei Laclau (2022: 207) ein ambivalenter Ort zwischen

²⁰ Hervorhebung wie im Original.

Leere und Fülle: Einerseits ist sie leer, da sich ihre Leere auf die abwesende Vollkommenheit des Sozialen bezieht, andererseits ist sie wiederum voll, wenn ein leerer Signifikant diese Leere zu füllen ersucht. Die populistische Konstruktion eines Volkes und die hegemoniale Verhandlung seiner Deutung ermöglicht überhaupt erst Demokratie (ebd.: 208). Jede Demokratie verfügt im Zuge vermehrt ignorierte Forderungen über populistische Momente, wenngleich nicht jeder dieser Momente zwangsläufig *liberaldemokratisch* ist.

3.2 Mouffe und ihr linker Populismus

Chantal Mouffe findet in Ernesto Laclaus Populismustheorie einen zentralen Anknüpfungspunkt für ihre Forderung nach einer linkspopulistischen Intervention. In *Für einen linken Populismus* (2020a) erarbeitet sie ein politisch links gerichtetes, gegenhegemoniales Projekt zur gegenwärtigen Herrschaft des Neoliberalismus. Im Zuge der Finanzkrise und der auf sie folgenden Weltwirtschafts- und Schuldenkrise wurde Mouffe (ebd.: 22–23) zufolge die neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung tiefgreifend destabilisiert. In der Folge konnte der neoliberale Hegemonialkonsens nach und nach infrage gestellt werden und es ergab sich Raum für ein, wie von Laclau beschrieben, populistisches Momentum (ebd.). Die Unfähigkeit der neoliberalen Hegemonie, auf die zunehmenden Krisen und ihre unerfüllten Forderungen eine adäquate Antwort zu finden, gerät zur maßgeblichen Angriffsfläche für Mouffes linkspopulistisches Projekt. Ein derartiges Projekt muss ihrer Ansicht nach Antworten auf zwei grundverwandte Problematiken des Neoliberalismus geben, nämlich dessen *postdemokratische* und *postpolitische* Gesellschaftskonzeption (Mouffe 2020a: 23–35).

Die Behauptung der Postdemokratie ergibt sich aus Mouffes (2018) Demokratietheorie und ihren Überlegungen zum demokratischen Paradox (s. Kapitel 2.2): Liberale Demokratie führt Mouffe auf die kontingente Artikulation der liberalen Denkschule mit ihrem Menschenrechtsdiskurs und der demokratischen Tradition mit ihrem Beharren auf Volkssouveränität zurück; beide Denkrichtungen schließen sich nicht aus, stehen aber in einem fruchtbaren Spannungsverhältnis gegenseitiger agonistischer Herausforderung. Dieses liberaldemokratische Spannungsverhältnis wurde Mouffe zufolge allerdings durch die neoliberale Vorherrschaft in der jüngeren Vergangenheit gestört (ebd.: 26–27). Die egalitär-demokratische Komponente, aber auch Elemente des politischen Liberalismus fielen dem neoliberalen Finanzkapitalismus mit seinen immer weiter voranschreitenden Markt deregulierungen, Privatisierungen und der Oligarchisierung der Gesellschaft zum Opfer (ebd.). Es verblieben lediglich einige liberale, um

ihren demokratischen Kern entleerte Institutionen in demokratischer Scheinfassade – daher auch der von Colin Crouch übernommene Begriff der *Postdemokratie* (ebd.).

Direkt damit verbunden ist das Postulat einer *Postpolitik*. Der Neoliberalismus mit seinem antipluralistischen Rationalismus und seinem Individualismus, der die politische Notwendigkeit der Konstruktion kollektiver Identitäten verkennt, führt nach Mouffe (2020b: 64–74) zur klassisch liberalen Leugnung der konflikthaften Dimension des Politischen. Im neoliberalen Denken werden genuin *politische* Angelegenheiten zur technischen Sachfrage, die von ExpertInnen gelöst werden, während dem Volk nunmehr die Rolle der Absegnung jener konsenshaften Expertenentscheidungen zukommt (ebd.: 61; Mouffe 2020a: 27). Alle Andersdenkenden werden als „Extremisten“ (2020a: 27) gebrandmarkt und vom demokratischen Diskurs ausgeschlossen (Mouffe 2020b: 72–74). Der politische Wettbewerb, der stetige Dissens um die Bedeutung von „Freiheit“ und „Gleichheit“, ist für Mouffe (2018) im Sinne ihres agonistischen Pluralismus allerdings die Ermöglichungsbedingung moderner liberaler Demokratien. Gerade sozialdemokratischen Parteien wirft sie (2020a: 44) vor, sich im Namen der „Modernisierung“²¹ den neoliberalen Dogmen des „Konsenses der Mitte“ oder des „Dritten Weges“²² ergeben zu haben. Damit haben sie ihre links-egalitäre politische Beheimatung einem postpolitischen „Sozialliberalismus“ (Mouffe 2020a: 44) geopfert.

Die Neoliberalisierung der Sozialdemokratien in großen Teilen Westeuropas hat sie blind gegenüber unerfüllten Forderungen nach demokratischer Teilhabe und einer wahrhaften politischen Alternative gemacht. Aus diesem Grund begreifen sie nicht, dass die zahlreichen „rechtspopulistischen“ Bewegungen in Westeuropa mitunter Ausdruck dieser unbeachteten Forderungen sind (Mouffe 2020a: 32–33). Rechtspopulistische Parteien veranschaulichen sehr eindrücklich Laclaus Unterscheidung zwischen der ontologischen und ontischen Komponente des Populismus; sie nutzen auf der ontologischen Ebene die allgemeine und recht diffuse Opposition zur Postdemokratie in Form einer popularen Forderung nach mehr demokratischer Partizipation und artikulieren diese auf der ontisch-inhaltlichen Ebene in einem anti-egalitären, rechtsextremen Vokabular.²³ Mouffe ist sich des populistischen Moments als Konsequenz von Postdemokratie und Postpolitik bewusst und möchte den „Rechtspopulisten“ und ihrer völkisch-rassistischen Konzeption eines Volkes ein linkspopulistisches Projekt, das mit einem egalitären

²¹ Vgl. Mouffe 2020b: 72–74.

²² Vgl. Giddens 2013.

²³ Vgl. Laclau 2022: 115–118.

Vokabular verschiedenste Formen von Unterdrückung anprangert und durch eine Radikalisierung der Demokratie überwindet, entgegenstellen (ebd.: 33–35).

Mouffes Radikalisierung der Demokratie intendiert keinesfalls, die liberaldemokratischen Institutionen und Normen zu beseitigen. Wie in ihrer Demokratietheorie unterscheidet sie (2020a: 56–57) zwischen dem normativen Fundament der liberalen Demokratie, den Werten „Freiheit“ und „Gleichheit“, und deren gegenwärtiger hegemonialer Deutung. Während sie die liberaldemokratische Legitimationsgrundlage bewahren möchte, zielt ihr linker Populismus auf die Disartikulation der neoliberalen Hegemonie und auf die Konstruktion einer neuen hegemonialen Anordnung ab, die demokratische Überzeugungen wie Gleichheit und Volkssouveränität ins Zentrum rückt (ebd.: 57). Mouffe bezeichnet ihr gegenhegemoniales Projekt als „*radikale[n] Reformismus*“ (ebd.: 58)²⁴, *reformistisch* in Bezug auf die Beibehaltung des Wertekonsens und *radikal* in der Infragestellung der neoliberalen Hegemonie. Den Vorwurf des „Linksextremismus“ weist sie entschieden zurück und zeigt, dass dies lediglich ein „unaufrichtiger Versuch“ (ebd.: 60) des Neoliberalismus ist, ihre vorgenommene Differenzierung zwischen Wertefundament und Wertauslegung infrage zu stellen, um den Scheinzusammenhang zwischen Wirtschaftsliberalismus und politischem Liberalismus als alternativlos darzustellen. Da der von der neoliberalen Hegemonie propagierte Wirtschaftsliberalismus in Gestalt des Finanzkapitalismus zahlreiche Unterdrückungsverhältnisse mit sich bringt, gilt es insbesondere ihn zu bekämpfen, allerdings nicht im Namen eines abstrakten Antikapitalismus, sondern im Namen der Demokratie und ihrer Gleichheitsideale (Mouffe 2020a: 62–63). Die Zielsetzung ihrer Radikalisierung der Demokratie fokussiert sich im Gegensatz zu sozialdemokratischen Parteien vor ihrer Neoliberalisierung aber eben nicht ausschließlich auf ökonomische Unterdrückungsverhältnisse, sondern gleichermaßen auf kulturelle und ökologische Formen der Unterordnung (ebd.: 63–65). Nur durch eine gemeinsame Artikulation werden progressive Mehrheiten denkbar (ebd.: 63).

Damit es jedoch nicht bei Gedanken bleibt, wendet sich Mouffe (2020a: 20–21) Laclaus Populismustheorie zu und stellt die darin entfaltete populistische Strategie in den Dienst ihrer politischen Intervention zur Radikalisierung der Demokratie. Mithilfe der im vorangegangenen Unterkapitel herausgearbeiteten Systematisierung von Laclaus populistischer Logik soll Mouffes gegenhegemoniales Projekt nachfolgend näher veranschaulicht werden. Zur Organisation demokratischer Mehrheiten bedarf es zuallererst der Konstruktion „eines Volkes“ bzw. einer

²⁴ Einführung des Begriffs im Original durch Guillemets, bzw. Spitzzeichen, hier kontextuell wiedergegeben durch eine Kursivstellung.

Bürgeridentität (ebd.: 77–79). Mouffe rückt bei diesem Punkt vor allem die sozialen und ökologischen Fragen und Forderungen in den Vordergrund, die miteinander verbunden werden sollen (ebd.: 72–73). Zusammen mit der ökonomischen Unterdrückung der Arbeiterschaft und der ökologischen Entrechtung künftiger Generationen beabsichtigt sie (2020a: 72–73), auch andere Unterdrückungs- und Diskriminierungsformen zu thematisieren, um das linke Wählerpotential auch jenseits der üblichen Wählerschaft zu erweitern. Mit der Errichtung einer Bürgeridentität geht zweitens notwendigerweise die antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raums einher. Mouffe stellt der demokratischen Bürgerschaft die neoliberale „*Oligarchie*“ (ebd.: 16)²⁵ gegenüber, die sie verantwortlich für die ökonomischen, ökologischen und anderen Unterdrückungsverhältnisse sowie für die daraus folgenden unerfüllten Forderungen macht. Die hegemoniale Auseinandersetzung zwischen Volk und Oligarchie erfordert drittens die Etablierung eines Volkswillens durch die Bildung von Äquivalenzketten. Hierbei sollen eine Vielzahl demokratischer Kämpfe und Forderungen nach einem Ende ökonomischer, ökologischer, sexistischer, rassistischer oder anderer Unterdrückungsformen äquivalentiell verknüpft werden (ebd.: 16–17, 72–79). Wenngleich sich alle diese heterogenen demokratischen Forderungen in ihrem ontischen Inhalt unterscheiden, so drücken sie allesamt auf der ontologischen Ebene populäre Forderungen nach Gleichheit und demokratischer Teilhabe aus – genau diese Gemeinsamkeiten sollen in einem Äquivalenznetzwerk zusammen artikuliert werden. Zur Hegemonisierung braucht es viertens die Produktion von leeren Signifikanten. Mouffe hält diesbezüglich fest, dass im Zuge der Radikalisierung vor allem der demokratischen Elemente der liberalen Demokratie der leere Signifikant „Demokratie“ (Mouffe 2020a: 17, 53, 64) eine zentrale Stellung einnehmen und hegemonisiert werden sollte. Er erscheint als besonders geeignet, da demokratische Wertvorstellungen wie Gleichheit und Volkssouveränität in vielen westlichen Gesellschaften historisch immer noch stark verbreitet und eng mit ihm verbunden sind (ebd.: 52). Das erleichtert fünftens seine radikale, affektive Besetzung. Hierfür entscheidend ist, dass eine der gemeinsam artikulierten demokratischen Forderungen oder eine demokratische Führungsfigur den populären Willen nach der imaginären Vollkommenheit des Sozialen inkarniert (ebd.: 83) bzw. ein Partialobjekt zum Lacan’schen *objet petit a* sublimiert und im Sinne Freuds von allen Individuen an den Ort des Ich-Ideals gerückt wird. Nur durch die affektive Identifikation wird die Konstitution einer Bürgeridentität mit einem gemeinsamen Willen möglich (ebd.: 85–91). Wie auch Laclau weist Mouffe darauf hin, dass eine charismatische Führungspersönlichkeit nicht zwangsläufig autoritär sein muss, sondern auch als *primus inter pares* in einer

²⁵ Einführung des Begriffs im Original durch Guillemets, bzw. Spitzzeichen, hier kontextuell wiedergegeben durch eine Kursivstellung.

demokratischen Art und Weise verstanden werden kann (ebd.: 84). Wichtig ist lediglich ihre Rolle, da sie als identitätsstiftender Bezugspunkt fungiert, zu dem Individuen affektiv-libidinöse Bindungen aufbauen können (ebd.). Auch sollte das Nationale aufgrund seiner anhaltend großen Bedeutung für viele Menschen nicht nur als Handlungsrahmen einer politischen Intervention, sondern auch als libidinöse Identifikationsgrundlage berücksichtigt werden (ebd.: 84–85). Mouffe zufolge ist es ein bedeutsamer Fehler, dem Rechtspopulismus das Feld des Nationalen zu überlassen; stattdessen sollte ein linker Populismus patriotische Identifikationsangebote schaffen, die an die inklusiven und egalitären Traditionen eines Land anknüpfen (ebd.). An dieser Stelle ist es für Mouffe unausweichlich, noch einmal zu betonen, dass ihre Konzeption der Volksidentität radikal antiessentialistisch ist und nicht auf einer antipluralen Vorstellung eines empirisch gegebenen, homogenen „Volkskörpers“ gründet (ebd.: 74). Auch der Vorwurf, die totalisierende Logik würde bei der Etablierung einer Bürgeridentität soziale Differenzen auslöschen, ist in dieser Form nicht haltbar, nachdem es sich dabei um nichts weiter als das Zusammenspiel der Logik der Äquivalenz und Differenz und die prekäre und temporäre Stabilisierung von hegemonialen Äquivalenzketten handelt (ebd.: 75).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Mouffes linker Populismus als gegenhegemoniales Projekt zum Neoliberalismus betrachtet werden kann. Ausgehend vom Postulat der neoliberalen Postdemokratie und Postpolitik verschreibt sich ihr populistisches Projekt der Radikalisierung der Demokratie und der dahinterstehenden, genuin linken Werte der „Gleichheit und sozialen Gerechtigkeit“ (Mouffe 2020a: 97). Hierfür bedarf es mit Bezug auf Laclau der (1) Konstruktion einer „Bürgeridentität“ in (2) antagonistischer Abgrenzung zur „Oligarchie“, der (3) Bildung von Äquivalenzketten entlang emanzipatorischer Kämpfe gegen diverse Unterdrückungsverhältnisse, der (4) Fixierung dieser Ketten unter dem hegemonialen leeren Signifikanten der „Demokratie“ und der (5) radikalen affektiven Besetzung dieses Signifikanten durch demokratische Führungsfiguren und symbolische Popularforderungen. Dabei ist es von entscheidender Wichtigkeit, die Errungenschaften des politischen Liberalismus wie freie und faire Wahlen, repräsentative Institutionen, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit zu bewahren (ebd.: 64, 24). Denn die Wurzeln der Probleme der Postpolitik und Postdemokratie liegen nicht bei den liberalen repräsentativen Institutionen als solchen, sondern in ihrer fehlenden Repräsentativität, genauer gesagt, der fehlenden „agonistischen Konfrontation“ (ebd.: 70) als Folge der neoliberalen Hegemonie. Das populistische Momentum eröffnet die Möglichkeit, sie „repräsentativer zu machen“ (ebd.). Diese Gelegenheit zur Radikalisierung der Demokratie liegen zu lassen, hält Mouffe für einen großen Fehler (ebd.: 99).

4 Agonistischer Pluralismus versus linken Populismus?

Im Zuge der Aufarbeitung von Mouffes agonistischem Pluralismus und ihrem linkspopulistischen Projekt dürfte sichtbar geworden sein, dass die konfliktive Dimension des *Politischen* der zentrale Ausgangspunkt beider Gedankengänge ist. Während Mouffes agonistischer Pluralismus danach strebt, den für das Politische konstitutiven Antagonismus abzuschwächen und zu zähmen, erfordert ihr linker Populismus die Wiederbelebung und Intensivierung der politischen Konflikthaftigkeit. Damit verlaufen die Ziele beider Konzeptionen in entgegengesetzte Richtungen. Das muss aber nicht zwangsläufig bedeuten, dass sich beide Ziele grundsätzlich widersprechen, schließlich verfolgen weder Mouffes agonistischer Pluralismus noch ihr Linkspopulismus die Absicht, den *politischen* Konflikt auszulöschen oder zu eskalieren. Die Frage, die sich hierbei vielmehr stellt, lautet, ob beide Ziele sich in der empirischen Wirklichkeit tatsächlich gemeinsam realisieren lassen, bzw. mit Blick auf den Titel dieser Arbeit, ob Mouffes linker Populismus sich mit ihrem agonistischen Pluralismus vereinbaren lässt. Genau diese der Arbeit zugrundeliegende Frage soll im Anschluss auf Grundlage der bis dato gewonnenen Erkenntnisse diskutiert werden.

Hierfür muss sich aber zunächst eine Übersicht über die bestehende Forschungsdebatte um Mouffes politisches Denken verschafft werden. Innerhalb des Forschungsdiskurses wird Mouffe mitunter von vielen Seiten rezipiert und kritisiert. Unter Berücksichtigung der Fragestellung der vorliegenden Arbeit ist dabei aber vor allem die Kritik und Diskussion ihres konfliktiven Politikverständnisses sowie ihres radikaldemokratischen Projektes eines linken Populismus von großer Relevanz. Auf diese soll in den nachfolgenden zwei Unterkapiteln näher eingegangen werden, ehe die eigentliche Frage beantwortet werden kann.

4.1 Mouffes Politikverständnis und der Vorwurf der Fundamentalontologie

Eine namhafte und unumgängliche Kritik an ihrem Politikbegriff stammt von Oliver Flügel-Martinsen. In seiner Auseinandersetzung mit Oliver Marcharts und Mouffes Rekurs auf Martin Heidegger unter dem Titel *Linksheideggerianismus?* (2013) wirft er Mouffe vor, die Konflikthaftigkeit des Politischen – entgegen ihrem Fundamentalskeptizismus – fundamentalontologisch zu essentialisieren. Wie bereits erwähnt, unterscheidet Mouffe (2018: 15–16) im Sinne Heideggers ontologischer Differenz zwischen *dem Politischen*, der konfliktiven Dimension aller Gesellschaftlichkeit, und der *Politik*, der praktischen und institutionellen Organisation dieser Konflikthaftigkeit. Gemäß ihrer Gesellschaftstheorie wird jede gesellschaftliche Ordnung *politisch* durch das Zusammenspiel von Antagonismus und Hegemonie instituiert und ist

letztlich kontingent.²⁶ Dadurch erteilt Mouffe metaphysischen Letztbegründungen eine Absage und verortet sich theoretisch im Diskurs eines postfundamentalistischen Skeptizismus. Jede hegemoniale Ordnung ist eben nicht Ausdruck einer fundamentalen Notwendigkeit, sondern Konsequenz kontingenter sozialer Machtrelationen, die durch diskursive Objektivierung die Grundlosigkeit ihres Seins zu verschleiern versuchen. An diesem Punkt wendet Flügel-Martinsen (2013: 186) ein, Mouffe würde das Politische und seinen Antagonismus emporstilisieren und essentialisieren. Sie erkläre mit Schmitt den Antagonismus zum fundamentalen Wesen, zur Essenz des Politischen und Sozialen (ebd.: 187). Das Politische werde damit zum überhistorisch wahren letzten Grund jeder politisch-institutionellen Ordnung überhöht (ebd.: 186). Hiermit begehe Mouffe „eine schwerwiegende methodische Unsauberkeit“ (ebd.: 187), da sie mit ihrem Rekurs auf Heidegger und Schmitt ihre analytische, postfundamentalistisch-gründeskeptische und „unvermeidlich auch reflexiv selbstskeptische Perspektive“ (ebd.: 188) verlasse. Das Politische werde also, wie bei Marchart, zum Ergebnis einer quasi-metaphysischen Fundamentallontologie.

Flügel-Martinsens Kritik erscheint auf den ersten Blick stichhaltig und berechtigt, aber dahinter steckt eine bestimmte, eher eigenwillige Lesart von Mouffes theoretischem Denken. In einem Interview mit Martin Oppelt (2014: 269) stellt Mouffe nämlich klar, dass ihre Unterscheidung zwischen dem Politischen und der Politik nicht mit einer Privilegierung einer der beiden zusammengehörenden Kategorien einhergehe. Vielmehr stelle sie – wider Flügel-Martinsens Behauptung – eine analytisch nützliche Differenzierung dar. In der Folge werde dadurch auch die Konflikthaftigkeit des Politischen nicht überhöht. Unter Bezugnahme auf Henry Statens „constitutive outside“ (Staten 1986: 16) zeigt Mouffe, dass jeder sozialen Identitätsproduktion eine differentielle Wir-Sie-Unterscheidung inhärent ist (Oppelt 2014: 270–271). Diese müsse nicht zwangsläufig antagonistisch im Sinne Schmitts sein, wenngleich die Möglichkeit hierzu immer existiert (ebd.). Die Konflikthaftigkeit des Politischen bei der Konstitution der Wir-Sie-Unterscheidung sei zwar sehr wohl ein ontologisches Postulat, aber es werde nicht fundamentalisiert. Es handle sich um nicht mehr als eine „ontological thesis“ (ebd.: 271), wie sie jeder Theorie letztlich unbeweisbar zugrunde liege. Mouffe bemerkt, dass es ihr niemals darum gehe, ihre ontologische Annahme als „the right one“ (ebd.) zu belegen, schließlich wäre dies infolge ihres postfundamentalistischen Blickwinkels fernab jeder Sinnhaftigkeit. Sie bekräftigt lediglich, dass ihr Theorienansatz mit einem konfliktiven Politikverständnis dazu beitragen könne, jene empirischen Erscheinungen zu erklären, gegenüber welche andere Theorien blind verbleiben

²⁶ Vgl. Laclau/Mouffe 2020.

müssten (ebd.). Mouffe macht im Interview mit Oppelt sehr deutlich, dass ihre analytische Perspektive nicht einem gründe- und selbstskeptischen Postfundamentalismus widerspricht. Auch ihre theoretische Überwindung von Schmitts essentiellen Antagonismus und ihre Bestrebungen, den Antagonismus in Form eines liberalen, agonistischen Pluralismus einzuhegen, vergebens, dass sie von Schmitt zwar gedankliche Anleihen nimmt, aber keinen in „politische Abgründe“ (Flügel-Martinsen 2013: 185, Fn. 8) führenden, radikalen Linksschmittianismus vertritt, wie Flügel-Martinsen es immer wieder betont. Seine Darstellung von Mouffe als Vertreterin eines Konfliktfundamentalismus, die – wie er mehrfach hervorhebt – auf historisch belastete Persönlichkeiten wie Schmitt und Heidegger rekurriert (vgl. ebd.: 176, Fn. 2; 185, Fn. 8), wird dem analytischen Potential ihres Ansatzes nicht gerecht und wirkt vielmehr als ein Versuch der Diskreditierung. Letzten Endes muss sich jede Theorie – wie auch Mouffes – auf gewisse Annahmen stützen, die als Ausgangspunkte eines Argumentes, bzw. einer Kette von Begründungen, dienen und nicht letztbewiesen werden können. Darin eine Fundamentalontologie zu sehen, ist aus einer radikal skeptizistischen Position sicherlich – wie bei jeder Großtheorie – möglich, aber sie führt in der Konsequenz das politikwissenschaftliche, analytische Theoretisieren *ad absurdum*. Flügel-Martinsens Beitrag leistet definitiv einen Beitrag, Mouffes ontologische Annahmen des Antagonismus und der Hegemonie kritisch zu hinterfragen, der analytischen Leistungsfähigkeit von Mouffes Theorienansatz tut er aber keinesfalls einen Abbruch.

4.2 Mouffes radikaldemokratisches Projekt und der Vorwurf der Ultra-Politik

Eine weitaus ernstzunehmendere und gewichtigere Kritik findet sich bei Christian Volk. Seine Kritik richtet sich nicht explizit an Mouffe, sondern an radikaldemokratische Ansätze im Allgemeinen. Für Mouffes linkspopulistisches Projekt der Radikalisierung der Demokratie ist sie allerdings mehr als relevant. Die radikaldemokratische Analyse postpolitischer Tendenzen und demokratischer Widerstände gegen sie teilt Volk (2013), er attestiert radikaldemokratischen Theorien aber blinde Stellen bezüglich des Eskalierungspotentials politischer Konflikthafigkeit und bezüglich des Angebots einer alternativen Gesellschaftsordnung.

Hinsichtlich Ersterem beanstandet Volk (Volk 2013: 91), dass radikaldemokratische Ansätze Phänomene von „*ultrapolitics*“ (Žižek 1998: 992)²⁷ wie Terrorismus, also eine „militarization of politics“ (ebd.) und Rückkehr zur „äußerste[n] Realisierung der Feindschaft“ (Schmitt 1991: 33), einzig und allein auf fehlende institutionelle Kanäle, Widerspruch und Gegenwehr zu

²⁷ Hervorhebung wie im Original.

formulieren, zurückführen. Diese Erklärung greife angesichts von ultra-politischen Erscheinungen in Demokratien, in welchen partizipative Institutionen bereitstehen, jedoch zu kurz (Volk 2013: 91). Aus diesem Grund ergänzt Volk zwei weitere entscheidende Argumente. Einerseits würden „radikalisierte Ideologien“ (ebd.: 92) eine gewichtige Rolle spielen, denn ein politischer Mangel an Alternativen könne eben nicht nur aus postpolitischen Tendenzen entstehen, sondern ebenfalls aus einer ideologischen Radikalisierung, die keine Alternativen mehr zulässt. Radikaldemokratische Ansätze könnten dies nicht begreifen, sie beförderten es sogar, da sie das für eine Demokratie unverzichtbare, normative „*Verständigungspostulat*“ (ebd.)²⁸ verabschiedet hätten. Dahinter verberge sich im Zuge einer eindimensionalen Wir-Sie-Identitätsbildung eine zugespitzte Fixierung auf das „Gegen-Andere-Handeln“ (ebd.) und ein irrationaler und destruktiver Dezisionismus, der sich in relativistischer Manier der pluralen Willensbildung entzöge (ebd.: 93). Andererseits seien auch Erfahrungen der Enttäuschung, die sich aus wahrgenommener Alternativlosigkeit der Politik, wenn zwar institutionelle Teilhabemöglichkeiten de jure bestehen, sie aber de facto für einen Großteil der Bevölkerung nicht wahrnehmbar sind, von Relevanz für die Entstehung von Ultra-Politik (Volk 2013: 94–95). Radikaldemokratische Ansätze würden dies zwar unter dem Begriff der Postpolitik anprangern und eine Wiederbelebung des Konflikts einfordern, aber sie blieben „auf halbem Wege stehen“ (ebd.: 95) und böten keine elaborierten Alternativen, die Partizipationserfahrungen und demokratischen Konflikt gewährleisten würden.

Das führt auch zu Volks zweitem Kritikpunkt: „[P]olitische Freiheit ist im radikaldemokratischen Denken nicht ausreichend genug durchdacht“ (Volk 2013: 95). Durch ihre Fixierung auf das Primat des Politischen hätten radikaldemokratische Ansätze nur Geringschätzung für liberale Rechte übrig, da sie jegliche Verrechtlichung als Ausdruck einer hegemonialen Ordnung, die sich gegen demokratische Widerstände immunisieren versucht, diskreditieren würden (ebd.: 96). Dabei übersähen sie den „Ermöglichungscharakter einer demokratischen Rechtsordnung“ (ebd.), die Menschen jenseits von radikalem Protest in die Lage versetzt, am politischen Streit teilzuhaben. Der von Mouffe vertretene dezisionistische Parlamentarismus greife hier viel zu kurz, da er die Integrationsfähigkeit, die zur Abschwächung des Antagonismus führt, lediglich auf die blutlose Mehrheitsentscheidung zurückführe und damit die Wichtigkeit parlamentarischer Diskussionen, die oppositionelle Alternativen erst sichtbar machen, verkenne (ebd.: 96–97). Dies gehe vor allem darauf zurück, dass radikaldemokratische Theorien nur in der flüchtigen „Jetzt-Zeit“ (ebd.: 97) verharren würden und für normative Bezüge auf die Vergangenheit

²⁸ Hervorhebung wie im Original.

wie z. B. Erinnerungspolitik nicht viel übrig hätten. Das sei aber normativ problematisch, weil politische Freiheitsrechte somit zum Spielball punktueller politischer Stimmungsschwankungen würden (ebd.: 97–98). Dagegen setzt Volke (ebd.: 98) „Republikanismus des Dissenses“ auf eine Pluralisierung der Zeitlichkeit, wodurch die Spannung zwischen Recht und Politischem überwunden werde. Generell legt er in seinem Gegenprojekt zur radikaldemokratischen Theorie einen Fokus auf demokratische Verständigung und eine stärkere Institutionalisierung eines integrativen Dissenses (ebd.: 99–102). Volke Kritik schließt ebenfalls damit, die Unzulänglichkeiten der radikaldemokratischen Ansätze aus einer linksheideggerianischen „politische[n] Metaphysik“ (ebd.: 102), die das Politische essentialisiere, herzuleiten.

Dass die Kritik der Essentialisierung des Politischen und seines Antagonismus zwar berechtigt ist, aber von einer bestimmten Mouffe-Lesart herrührt und theoretisch nicht weiterführt, wurde bereits in der Diskussion von Flügel-Martinsens Einwänden offensichtlich. Viel wichtiger erscheint dagegen Volke Hinweis auf vermeintliche Blindstellen radikaldemokratischer Ansätze bezüglich der Eskalierungspotentiale des Politischen zum Ultra-Politischen. Zunächst gesteht Volke zu, dass die fehlende Repräsentation von politischen Forderungen im Zuge mangelnder institutioneller Kanäle – wie von Mouffe (2020b) behauptet – zu extremen Formen ultra-politischer Kontestation führen könne (Volke 2013: 91). Infolgedessen wirft Volke radikaldemokratischen Ansätzen aber vor, ultra-politische Phänomene in liberalen Demokratien, in denen es grundsätzlich offene Institutionen gäbe, nicht erklären zu können (ebd.). Dieser Vorwurf wirkt jedoch – zumindest auf Mouffe bezogen – nicht sonderlich überzeugend, weil sein eigener zweiter Erklärungsansatz, der Ultra-Politik als Ergebnis von Enttäuschungserfahrungen wegen mangelnder politischer Alternativen sieht, exakt Mouffes Postulat der Postpolitik und Postdemokratie entspricht. Formalrechtlich können in liberaldemokratischen Regimen repräsentative Institutionen nämlich zweifelsohne existieren, das heißt aber noch nicht, dass sie de facto auch repräsentativ sind. Laut Mouffe ist gerade dies in den westeuropäischen, noch formalen Demokratien der Fall, da das populistische Moment im Zuge der postpolitischen Krise der neoliberalen Hegemonie gerade darauf basiert, dass Institutionen die Pluralität demokratischer Forderungen nicht mehr bearbeiten können (Mouffe 2020a: 20–21). Mouffes linkspopulistisches Projekt zielt genau darauf ab, die liberaldemokratischen Institutionen wieder repräsentativer zu machen, um die agonistische Auseinandersetzung wiederzubeleben (ebd.: 70) und – um es in Volke Worten zu sagen – demokratische Enttäuschungserfahrungen zu vermeiden. Volke (2013: 95) erkennt das mit Verweis auf Mouffe durchaus an, hält radikaldemokratischen Projekten dann aber vor, keine alternative Ordnung zu präsentieren, die politische Freiheit und den

Ermöglichungscharakter von Institutionen berücksichtigt. Die Frage, die sich aus Mouffe'scher Perspektive hier allerdings stellt: Politische Freiheit und Ermöglichung für wen? Volks Betonung liberaldemokratischer Institutionen scheint mitunter immer noch an der liberalen Vorstellung zu kranken, Institutionen als „neutrales Terrain“ (Mouffe 2020b: 31) zu betrachten, während Institutionen immer Ausdruck von Hegemonie und sozialen Machtverhältnissen bleiben. Volk widerspricht diesem Einwand und entgegnet, dass diese Perspektive immer einem flüchtigen und antiliberalen Präsenndenken des Politischen anheimfalle, das „Recht, Verfassung und politische[] Ordnung“ (Volk 2013: 97) geringachte. Letztlich ist Volks normative Privilegierung der Vergangenheit mit ihrem positiven Recht – aus radikaldemokratischer Sicht dem Zement einer hegemonialen Ordnung – auch nur ein liberaler Versuch, dem Politischen und Demokratischen im Hier und Jetzt zu entkommen.

Interessant ist weiterhin auch sein erstes Argument, um ultra-politische Erscheinungen innerhalb von Demokratien zu erklären. Nicht nur Postpolitik, sondern auch „radikalisierte[] Ideologien und Identitäten“ (Volk 2013: 92) könnten durch eine Selbstausschließung vom demokratischen Diskurs zu einer Wahrnehmung politischer Alternativlosigkeit und letztlich zu Ultra-Politik führen. Diese Kausalitätsumkehr stellt jedoch die Frage nach den Ursachen der Radikalisierung. Für Volk (Volk 2013: 92–93) finden sie sich in der radikaldemokratischen Absage zur politischen Verständigung und Hochstilisierung eines Dezisionismus. Volks normatives Verständigungsgebot erscheint als eine liberale Resthoffnung auf eine Form der deliberativen und universellen Konsensfindung, aber es ist auch Ausdruck einer begründeten Skepsis gegenüber radikaldemokratischen Ansätzen und ihrer Fähigkeit, ein Mindestmaß eines sozialen Bandes zwischen Gruppensubjekten zu gewährleisten, um eine radikalisierte Isolierung zu verhindern. Volk stellt nicht zu Unrecht die Konsequenzen einer konfliktiven Wir-Sie-Identifikation und einer daraus resultierenden äquivalentiellen Homogenität mit ihrem „hohen Konformitätsdruck“ (ebd.: 93) und Totalitätsanspruch infrage. Sein Vorwurf einer „Verstetigung und Verhärtung solcher kollektiver Identitäten“ (ebd.: 92)²⁹ wirkt grundsätzlich aus Mouffe'scher Perspektive allerdings nicht sehr plausibel, da Identitäten im Zuge der sich gegenseitig untergrabenden Logik der Differenz und Äquivalenz stets Spielball der hegemonialen Auseinandersetzung bleiben. Flottierende Signifikanten erlauben eine andauernde und sehr umkämpfte Verschiebung der antagonistischen Frontlinie. Zudem weisen Subjekte meist eine Vielzahl von demokratischen Subjektpositionen auf, wodurch Subjekte, die in einem politischen Raum zum „Wir“ gehören, in einem anderen auf der entgegengesetzten Seite des „Sie“ stehen können. Eine

²⁹ Ohne Original-Hervorhebung aufgrund veränderter Satzstruktur.

Gesellschaft ist in der Regel folglich einer Pluralität von Wir-Sie-Unterscheidungen in verschiedenen autonomen politischen Räumen ausgesetzt (Laclau/Mouffe 2020: 167). Allerdings gibt es historisch seltene Momente, populistische Momente, in denen Äquivalenzketten über politische Räume hinweg ausgedehnt werden und eine große Anzahl an Antagonismen verbinden und gemeinsam artikulieren (ebd.: 166). Im Extremfall kommt es, wie auch von Laclaus Populismustheorie beschrieben, zu einer vollständigen Zweiteilung der Gesellschaft mit zwei einander gegenüberstehenden Äquivalenzketten, die absolut homogen in ihrer Kontraritätsrelation zur jeweils anderen sind und keine Differenz mehr zulassen (ebd.). In diesem Fall stehen sich nicht mehr zwei Teile einer Gesellschaft gegenüber, sondern zwei voneinander komplett separierte Gesellschaften als solche (ebd.). Mouffe und Laclau skizzieren am Beispiel des Milenarismus, dass in diesem Fall eine Konfrontation „heftig, total und wahllos“ (ebd.) sein kann. Das liegt in der Konsequenz daran, dass beide Gesellschaften überhaupt keine Äquivalenzbeziehungen mehr teilen, die eine Seite negiert die Existenz der jeweils anderen. In diesem Punkt erscheint Volks Sorge um die Aufgabe des „*Verständigungspostulat[s]*“ (Volk 2013: 92)³⁰ tatsächlich sehr berechtigt. Um es in den Worten von Mouffes eigener Demokratietheorie zu sagen, in jenem extremen Fall teilen beide Seiten keinen „gemeinsamen symbolischen Raum“ (Mouffe 2018: 30) und keinen gemeinsamen Konsens über grundlegende normative Prinzipien mehr, auf den man *sich verständigen* könnte. Das Verschwinden jedweder Verständigung und die „*Verinnerlichung des Politischen*“ (Volk 2013: 93)³¹ macht eine Transformation von „Feindschaft“ zu „Gegnerschaft“ im Sinne des agonistischen Pluralismus undenkbar und das Aufkommen von Ultra-Politik möglich. Aus diesem Grund wirkt auch der Vorwurf, radikal-demokratische Projekte wie Mouffes linker Populismus würden mit ihrer Abkehr von der Verständigung zur Entstehung von Ultra-Politik beitragen, auf dem ersten Blick gerechtfertigt. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass die Möglichkeit jener gesellschaftlichen Zweiteilung und die Gefahr der Ultra-Politik sich auf das populistische Moment und letztlich auf unberücksichtigte demokratische Forderungen zurückführen lassen. Solange es populistische Momente gibt, ist auch der Extremfall einer vollständigen Spaltung der Gesellschaft immer vorstellbar. Volks „Republikanismus des Dissenses“ und sein Rekurs auf ein normatives Postulat der gegenseitigen Verständigung können dies nicht verhindern. Nur politische Kanäle, die demokratische Forderungen aufnehmen und demokratisch verarbeiten, können einen verständigten Konsens bewahren. Genau das entspricht wiederum der Zielsetzung von Mouffes linkem Populismus. Wer Ultra-Politik vermeiden möchte, muss populistische Momente durch

³⁰ Hervorhebung wie im Original.

³¹ Hervorhebung wie im Original.

demokratische, repräsentative Institutionen zurückhalten. Volks Umkehrung der Kausalität, radikalisierte Ideologien führten zur einem Selbstausschluss, verkennt also in letzter Konsequenz erneut das Politische. Jeder Konsens, auf den sich ein Volk *verständigt*, ist politisch und gründet sich in einem radikalen Ausschluss. Er ist nicht weniger radikal als diejenigen, die ihn herausfordern. Gelingt es dem Konsens nicht, die notwendige *Identifikation* mit ihm zu sichern, kann er neu ausgehandelt werden. Die Neuaushandlung folgt dem Zusammenspiel von Äquivalenz und Differenz. *Verständigung heißt gemeinsame Identifikation* und kommt der Logik der Äquivalenz gleich. Ihr ist aber zur negativen Selbstkonstitution ein Ausschluss inhärent. Ein universeller Konsens ebenso wie eine universelle Verständigung bleiben folglich eine liberale Unmöglichkeit.

Christian Volks Einwände gegen radikaldemokratische Ansätze, dass sie ultra-politische Phänomene nur unzureichend begreifen und mit ihrer Absage an die normative Forderung nach gegenseitiger Verständigung gar zu ihnen beitragen würden, erweisen sich mit Blick auf die Frage, inwieweit Mouffes linkspopulistisches Projekt zur ultra-politischen Infragestellung ihres agonistischen Pluralismus neigt, als analytisch fruchtbar. Aus radikaldemokratischer Perspektive kranken seine Kritikpunkte zwar letztendlich immer an einer vollständigen Anerkennung der irreduziblen antagonistischen Dimension des Politischen, aber seine Problematisierung eines Grundmaßes an Verständigung und sozialem Band zeigt sich vor dem Hintergrund einer populistischen Zweiteilung der Gesellschaft als bedeutsam und ernstzunehmend.

4.3 Demokratische und populare Kämpfe

Die angesprochene Problematik bedarf allerdings einer angemessenen theoretischen Untermauerung. Mouffe und Laclau treffen bereits in *Hegemonie und radikale Demokratie* (Laclau/Mouffe 2020) eine äußerst bedeutende Unterscheidung zwischen *demokratischen Kämpfen* und *popularen Kämpfen*.

„Wir werden folglich dann von *demokratischen* Kämpfen sprechen, wenn diese eine Pluralität politischer Räume implizieren und von *popularen* Kämpfen, wo bestimmte Diskurse *tendenziell* die Spaltung eines einfachen politischen Raumes in zwei entgegengesetzte Felder konstruieren“ (Laclau/Mouffe 2020: 175)

Diese Differenzierung beruht auf der Erkenntnis, dass es innerhalb einer Gesellschaft eine Vielzahl von politischen Räumen mit Antagonismen geben kann und dass das Soziale mit einem politischen Raum nicht identisch ist (Laclau/Mouffe 2020: 169–170). Ein politischer Raum mit seinem Antagonismus kann sich nur durch seine „relative Abgeschlossenheit“ (ebd.: 169) als

Totalität konstruieren, da die ihm zugrundeliegenden Praxen „die referentielle und empirische Realität der Agenten [...] nicht erschöpfen“ (ebd.) können. Diese „relativ autonomisierten Räume“ (ebd.) bilden den Ort *demokratischer Kämpfe*. So kann beispielsweise der antisexistische Kampf gegen Geschlechterdiskriminierung in seiner Partikularität als demokratischer Kampf aufgefasst werden (ebd.). Es handelt sich hierbei also um einen erkennbar eingegrenzten Antagonismus und folglich eine „*demokratische*[] Subjektposition“ (ebd.: 168). Mit Laclaus (2022) Populismustheorie lässt sich zudem ergänzen, dass jene demokratische Subjektposition auf der Artikulation ontisch-partikularer und in einem politischen Raum isolierter *demokratischer* Forderungen, wie in diesem Fall Forderungen nach einem Ende sexistischer Unterdrückung, basiert. Der entscheidende Unterschied zu *popularen Kämpfen* besteht nun darin, dass diese eine Vielzahl von *demokratischen Kämpfen* zusammenführen. Wie Laclau (ebd.: 115–118) dargelegt hat, sind demokratische Forderungen in sich zwiegespalten zwischen ihrem partikularen Inhalt auf ontischer Ebene, wie der Forderung nach einer Beseitigung von Geschlechterungerechtigkeit, und einer allgemeineren Opposition gegenüber den hierfür politisch verantwortlichen Regierenden. Gelingt es nun, die einzelnen politischen Räume und ihre demokratischen Subjektpositionen miteinander zu verknüpfen, indem demokratische Forderungen mit Blick auf ihre ontologische Opposition zu den Herrschenden in einer *popularen* Forderung äquivalentiell verbunden werden, kann eine „*populare*[] Subjektposition“ (Laclau 2022: 168) erwachsen, die jenseits politischer Räume die Gesellschaft in zwei antagonistische Blöcke mit zwei sich gegenüberstehenden Äquivalenzketten zu spalten vermag. Bei popularen Kämpfen wird die Differenz zwischen politischen Räumen und der Gesellschaft als Gesamtheit mithilfe von Äquivalenzverknüpfungen überwunden (Laclau/Mouffe 2020: 170). Sie sind aber eine historische Seltenheit und implizieren „Relationen extremer Äußerlichkeit zwischen den herrschenden Gruppen einerseits und dem Rest der Gemeinschaft andererseits“ (ebd.). Wie Mouffe und Laclau erneut am Millenarismus zeigen, gibt es in diesem Fall keinerlei gemeinsame Verbindungen – und keinerlei Verständigung – zwischen den antagonistischen Blöcken mehr (ebd.). Der eine ist die symbolische Negation des anderen. Von der politischen Infragestellung der Existenzberechtigung des Anderen ist es in der Folge nicht mehr weit zu Schmitts Antagonismus (Mouffe 2020b: 24) und einer „militarization of politics“ (Žižek 1998: 992). Für Mouffe und Laclau sind jene Fälle jedoch „bloß spezifische Konjunkturen“ (Laclau/Mouffe 2020: 175). Ihren Ursprung finden populistische Kämpfe in einem *populistischen Moment*, das immer dann eintritt, wenn eine hegemoniale Ordnung und ihre Institutionen eine große, relevante Anzahl an demokratischen Forderungen im Zuge gesellschaftlicher Umbrüche nicht mehr zufriedenstellend beantworten können (Mouffe 2020a: 21). Infolgedessen misslingt es ihr, die notwendige

Folgebereitschaft im „Volk“ zu gewährleisten, um den hegemonialen Konsens zu verteidigen (ebd.). Eine Vermehrung demokratischer Subjektpositionen und gesellschaftlicher Antagonismen eröffnen schließlich die Möglichkeit, durch äquivalentielle Verkettungen eine neue populäre Subjektposition, einen neuen hegemonialen Konsens und damit ein neues „Volk“ zu konstruieren, welches auf die unerfüllten demokratischen Forderungen eine Antwort zu finden weiß.

4.4 Linker Populismus und agonistischer Pluralismus

Mouffes (2020a) linker Populismus stilisiert sich auf dem ersten Blick als populärer Kampf. Seine Konstruktion einer neuartigen Bürgeridentität beabsichtigt auf Grundlage des angenommenen populistischen Moments die äquivalentielle Verknüpfung einer Vielfalt demokratischer Kämpfe, Antagonismen und partikularer Forderungen. Antikapitalistische, antisexistische und antirassistische Forderungen sollen unter anderem in Hinblick auf ihre gemeinsame Opposition zur neoliberalen Hegemonie in einer gegenhegemonialen, populären Forderung nach einer Radikalisierung der Demokratie vereint werden. Die hierfür zu schaffende populäre Subjektposition spaltet die Gesellschaft im Zuge der äquivalentiellen Überwindung einzelner politischer Räume in zwei antagonistische Blöcke: die emanzipatorische „Bürgerschaft“ auf der einen Seite und die neoliberale „Oligarchie“ auf der anderen Seite. Das Potential eines populären Kampfes dürfte hiermit offensichtlich sein.

Das hätte aber unweigerlich Konsequenzen für die zentrale Frage nach der Vereinbarkeit von Populismus und agonistischem Pluralismus. Die Tendenz eines populären und somit konsequenterweise auch eines populistischen Kampfes in Richtung einer vollkommenen antagonistischen Zweiteilung der Gesellschaft zwischen „Volk“ und „Oligarchie“ und der damit einhergehenden politischen Veräußerlichung der „Oligarchie“ stellt die Möglichkeit einer gemeinsamen Verständigung um die ethischen Prinzipien der liberalen Demokratie zweifellos infrage. Wird Mouffes linker Populismus ernstgenommen, ist die extreme und dichotome Spaltung zwischen der unterdrückten „Bürgerschaft“ und der unterdrückenden neoliberalen „Oligarchie“ auch intendiert. In diesem Extremfall kann es keine artikulierten Differenzen und keinen *politischen* Pluralismus mehr geben, alle Subjekte in einem Lager stehen in einem Äquivalenzverhältnis und konstituieren sich nur durch ihre Ablehnung des anderen Lagers. Die Bürgeridentität ist empirisch natürlich zutiefst plural, aber die Feministin und der Arbeiter verstehen sich *politisch* dann in erster Linie als demokratische BürgerInnen. Dabei dürfte klar geworden sein, dass die Bürgeridentität sich nur durch einen radikalen Ausschluss der Alterität, also der

„Oligarchie“, bilden kann, mit der sie jedoch qua Überwindung aller politischer Räume zugunsten des Gesellschaftlichen keine Äquivalenzen, keinen „gemeinsamen symbolischen Raum“ (Mouffe 2018: 30) – und auch keinen mäßigenden Konsens über „Freiheit“ und „Gleichheit“ – teilt. Die Bürgeridentität beruht alleinig auf der äquivalentiellen Negation der diffusen Identität der „Oligarchie“. Bleiben die populäre Forderung und die darunter liegenden demokratischen Forderungen dieses neuen populären Subjekts, dem sich konstituierenden Volk, politisch nicht repräsentiert und institutionell unbeantwortet, gibt es keinen Grund anzunehmen, dass der Konflikt zwischen beiden Identitäten nicht existenziell werden und in Schmitts ultra-politischen Antagonismus verfallen könnte.

Das möchte Mouffe betontermaßen verhindern. Ihr linker Populismus zielt nicht darauf ab, den in ihren Augen noch vorhandenen Konsens über die demokratischen Werte und den geteilten diskursiven Raum zu beseitigen. Stattdessen soll die hegemoniale neoliberale Deutung von „Freiheit“ und „Gleichheit“ disartikuliert und im Sinne einer gegenhegemonialen, radikal-demokratischen Interpretation radikalisiert werden. Mouffes Projekt begreift sich als radikalreformistisch. Es möchte die repräsentativen Institutionen der liberalen Demokratie erhalten und wieder repräsentativer machen, um der pluralen agonistischen Konfrontation wieder Raum zu verschaffen. Gegeben das empirische Postulat, „Freiheit“ und „Gleichheit“ seien im politischen Imaginären weiterhin präsent und liberaldemokratische Institutionen trotz ihrer neoliberalen Besetzung immer noch ausreichend offen, scheint es so, als wäre für Mouffe die „Oligarchie“ nach wie vor Teil ihres konfliktiven Konsenses über die liberale Demokratie. Ein Blick in *Das demokratische Paradox* (2018) unterstreicht diese Lesart, da Mouffe „neoliberal“ wortwörtlich gleich gefolgt von „radikaldemokratisch“ als eine Deutungsmöglichkeit der „verschiedenen [agonistischen] Interpretationen der ethisch-politischen Prinzipien“ (ebd.: 105) benennt. In *Für einen linken Populismus* (2020a) spricht Mouffe mehrmals von „agonistische[r] Konfrontation“ (ebd.: 70) als „Ziel einer linkpopulistischen Strategie“ (ebd.), aber auf dem Weg zu diesem Ziel referiert sie fast ausschließlich auf die Konstruktion einer politischen „Frontlinie“³², deren nähere Bestimmung sie meidet. Generell bleibt die „Oligarchie“ als diffuses und zu bekämpfendes Gegenstück zur Bürgeridentität merklich unterbestimmt, nur einmal spricht sie entsprechend ihrem Agonismus von der „Oligarchie“ als „gemeinsame[m] Gegner“ (ebd.: 35) der Bürgerschaft. Auf der vorletzten Seite ihres Essays charakterisiert sie ihren linken Populismus im Widerspruch dazu allerdings als einen „Antagonismus zwischen dem Volk und der Oligarchie“ (ebd.: 98). Das erscheint jedoch inkohärent zur vorangehenden Charakterisierung und dem

³² Vgl. hierfür Mouffe 2020a: 16, 17, 20, 29, 31, 34, 40, 50, 75, 76, 92, 93, 95.

langen Rekurs auf ihr agonistisches Demokratiemodell, denn bei einer feindschaftlichen Auseinandersetzung wäre ein gemeinsamer diskursiver Raum, Konsens und geteilte Institutionen zwischen neoliberaler Oligarchie und radikaldemokratischen Volk theoretisch ausgeschlossen. Die zentrale Frage lautet folglich, ob Mouffes gegenhegemoniales Projekt tatsächlich auf Gegnerschaft oder Feindschaft bzw. auf einer agonistisch gemäßigten, *sub-populistischen* Verknüpfung mehrerer – aber nicht aller – demokratischer Kämpfe oder auf einem genuin popularen und *rein-populistischen* Kampf beruht und beruhen sollte.

Ausgehend von ihrer empirischen Behauptung der Fortexistenz eines liberaldemokratischen Wertekonsenses gepaart mit ihrer Einordnung von „neoliberal“ als demokratische Subjektposition und der agonistischen Evokation der „Gegnerschaft“, kann hinreichend davon ausgegangen werden, dass Mouffe die neoliberale Hegemonie nur als eine bestimmte diskursive – wenngleich sehr einseitige – Anordnung von „Freiheit“ und „Gleichheit“ bestimmt und ihr linker Populismus folglich eine *agonistische* Auseinandersetzung zwischen „Bürgerschaft“ und „Oligarchie“ umfasst. Ihr linker Populismus verbindet eine Reihe emanzipatorisch-demokratischer Forderungen miteinander und konstruiert auch einen Agonismus zwischen Bürgeridentität und oligarchischer Gegenidentität. Mögen beide Identitäten auch wenig gemeinsam haben, so teilen sie den Konsens um die liberale Demokratie und verhalten sich äquivalentiell zu denjenigen, die diesen ablehnen. „Bürgerschaft“ und „Oligarchie“ sind weitreichende GegnerInnen, werden aber zu Verbündeten gegen die Feinde der Demokratie, die vom konfliktiven Konsens ausgeschlossen bleiben müssen. Ihr agonistischer Pluralismus offenbart sich hier sehr eindrücklich ebenfalls als eine rein diskursive Strategie, die durch die Konstruktion eines übergeordneten, gemeinsamen identitätsstiftenden Feindes – den Feinden der liberalen Demokratie – Äquivalenzrelationen hervorbringt, wodurch andere Antagonismen zu Agonismen entschärft werden; beispielsweise wird der Konflikt zwischen SozialdemokratInnen und ChristdemokratInnen genau dadurch abgeschwächt, dass beide sich in gemeinsamer Feindschaft zum Faschismus oder Kommunismus als „DemokratInnen“ identifizieren und verständigen. Dadurch stellt Mouffe sicher, dass ihr gegenhegemoniales Projekt der Gefahr der Schmitt'schen Ultra-Politik widersteht und vereinbar mit ihrem agonistischen Pluralismus bleibt. Von einem *rein-popularen* und *-populistischen* Kampf, der die Gesellschaft unversöhnlich in zwei feindliche Blöcke separiert und keine verständigende Gemeinsamkeit zulässt, kann hierbei nun nicht mehr gesprochen werden. Stattdessen ergibt sich das Bild eines *sub-popularen* und *-populistischen* Kampfes, als eine Art gemäßigter Kampf, der sich zwar der populistischen und popularen Logik bedient, aber vor deren letzter Konsequenz und äußersten Realisierung zurückschreckt. Trotz des rein-popularen

Potentials dieses Kampfes, diskurstheoretisch ist diese Form der sub-popularen Auseinandersetzung definitiv denkbar.

4.5 Praktische Konsequenzen

Praktisch stößt diese Konzeption womöglich auf Probleme. Inwieweit die neoliberale Subjektposition der Oligarchie tatsächlich noch eine liberaldemokratische Haltung darstellt, mit der ein gemeinsamer symbolischer Raum vorstellbar ist, darf empirisch zumindest in Zweifel gezogen werden. Mouffe stellt bei ihr Diagnose der Postdemokratie selbst fest, dass

„[...] die für die liberale Demokratie konstitutive agonistische Spannung zwischen dem liberalen und dem demokratischen Prinzip ausgeschaltet wurde. Mit dem Niedergang der demokratischen Werte Gleichheit und Volkssouveränität sind die agonistischen Räume, in denen unterschiedliche gesellschaftliche Projekte aufeinanderprallen konnten, verschwunden, und die Bürger wurden der Möglichkeit beraubt, ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen. Sicherlich, man spricht noch immer von „Demokratie“, doch wurde diese auf ihre liberale Komponente reduziert und steht nur noch für die Abhaltung freier Wahlen und die Verteidigung der Menschenrechte“ (Mouffe 2020a: 26–27).

Wenn die neoliberale Hegemonie den liberaldemokratischen Konsens auf seine liberalen Elemente – und diese wiederum auf einen reinen Wirtschaftsliberalismus – reduziert hatte, wodurch demokratische Prinzipien wie Volkssouveränität und Gleichheit weitestgehend disartikuliert wurden, ergibt sich die Frage, inwiefern mit einer neoliberalen „Oligarchie“ noch äquivalentielle Gemeinsamkeiten und ein Konsens über „Freiheit“ *und* „Gleichheit“ bestehen können. Allein der Signifikant „Oligarchie“, also die Herrschaft der Wenigen, zur Bezeichnung der Verantwortlichen für den postdemokratischen Mangel an Volkssouveränität und Gleichheit macht deren genuin anti-egalitären und unterdrückerischen Charakter deutlich. Werden nun eine Vielzahl demokratischer Subjektpositionen qua ihres „Unterdrücktseins“ und ihrer Ablehnung der neoliberalen Hegemonie äquivalentiell miteinander zu einer *sub-popularen* Subjektposition verknüpft, infolge derer sich das „unterdrückte Volk“ mit den „oligarchischen Unterdrückenden“ gegenübersteht, erscheint der gemeinsame diskursive Raum nicht sehr groß, um einen Antagonismus wirksam abzuschwächen. Das Potential zur *rein-popularen* Subjektposition ist in diesem Fall nicht nur immer gegeben, es ist mit Blick auf das affektive und existenzielle Aufladungspotential des Antagonismus sicherlich nicht zu unterschätzen. Berücksichtigt man zudem, dass ein derartiger hegemonialer Kampf dynamisch und interaktiv ist, also zu einem großen Teil auch auf der Reaktion der „Oligarchie“ basiert, dann leisten neoliberale Verteidigungsstrategien, die GegnerInnen der neoliberalen Hegemonie als „Extremisten“ (Mouffe 2020a: 27) abqualifizieren, gewiss keinen Beitrag zur gegenseitigen Mäßigung und

Verständigung. Erstens kann eine derartige Fremdidentifikation im diskursiven Austausch immer auch zur Radikalisierung der Identifizierten beitragen, zweitens und noch bedeutender folgt aus der Extremisierung und Delegitimierung von Opposition zumindest eine einseitige Aufkündigung des gemeinsamen Konsenses über die „nicht verhandelbaren moralischen Werte[]“ der liberalen Demokratie. Nicht zuletzt diese Beobachtung, die Mouffe selbst macht, lässt an der praktischen Umsetzung eines *sub-popularen*, agonistischen Linkspopulismus zweifeln.

Wenngleich die empirische Frage nach einem gemeinsamen Konsens von großer Wichtigkeit ist und an dieser Stelle nicht eindeutig geklärt werden kann, so können die praktischen Konsequenzen, die sich aus der begründeten Annahme in einigen westlichen Gesellschaften eines *rein-popularen* Kampfes ergeben würden, sehr wohl diskutiert werden. Begreift man den Neoliberalismus mit seiner konkreten Ausgestaltung der „Philosophie des Besitzindividualismus“ (Mouffe 2020a: 22) als normativ unvereinbar mit dem liberaldemokratischen Fundament von „Freiheit“ und „Gleichheit“, gerät die neoliberale Oligarchie in einem *rein-popularen* Kampf zur veräußerlichten Feindin des modernen Projekts der liberalen Demokratie. Die Gesellschaft spaltet sich infolgedessen dichotom zwischen einer unterdrückenden „Oligarchie“ und einer unterdrückten „Bürgerschaft“, der es dann nicht nur obliegt, „Gleichheit“ und „Volkssouveränität“ wiederherzustellen, sondern den Konsens um die ethischen Prinzipien „Freiheit“ und „Gleichheit“ als solchen. Auch hier kann man nun argumentieren, dass ein reiner linker Populismus in Form eines *rein-popularen* Kampfes nicht notwendigerweise Mouffes demokratietheoretischem agonistischem Pluralismus widersprechen muss, sondern seine Lebensgrundlage, auf der sich ein pluralistischer Wettstreit um die Deutung von „Freiheit“ und „Gleichheit“ bilden kann, erst wiederbelebt.

Ein *rein-popularer* Kampf, bei dem sich zwei feindliche Blöcke unversöhnlich konfrontieren und keinen gemeinsamen Nenner mehr teilen, birgt folgerichtig immer die Gefahr der Schmitt'schen Ultra-Politik. Einerseits impliziert Mouffes (2020a: 64) stringente Deziision für einen *liberalisierten* „Demokratische[n] Sozialismus“ (ebd.) bereits eine bestimmte Selbstmäßigung, andererseits bleibt die Gefahr der Ultra-Politik letztlich vielmehr eine Frage der Repräsentativität bestehender Institutionen. Gelingt es der sich als Volk wahrnehmenden „Bürgerschaft“ sich innerhalb der liberaldemokratischen Institutionen zu konstituieren, weil diese noch offen und repräsentativ genug für die Austragung des popularen Kampfes geblieben sind, so mag Ultra-Politik grundsätzlich vermieden werden können. Wurden Institutionen jedoch im Namen einer „extremistischen“ Gefährdung in ihrer Repräsentativität durch die neoliberale hegemoniale Ordnung weitgehend eingeschränkt und gegenüber dem popularen Kampf

immunisiert, erscheint Ultra-Politik in letzter Konsequenz nicht ausgeschlossen. Insofern würde Mouffes linker Populismus in einer praktischen Welt, in der zwischen Neoliberalismus und liberaler Demokratie keine veritable normative Verbindung mehr besteht, mit Sicherheit ein Wagnis darstellen. Dieses Wagnis ist letzten Endes aber in einigen westlichen Ländern der Preis für eine Wiederbelebung des liberaldemokratischen Konsenses und damit auch der Preis für einen agonistischen Pluralismus. Auch wenn die Antwort auf die Forschungsfrage nach der Vereinbarkeit zwischen Linkspopulismus und agonistischem Pluralismus paradox wirken mag, so kann gesagt werden, dass Mouffes linkspopulistische Strategie gerade mit einer Intensivierung von Konflikt einen agonistischen Pluralismus und einen abgeschwächten Konflikt erst ermöglichen kann. Die Ursache liegt hierbei in Mouffes „konfliktorische[m] Konsens“ (Mouffe 2018: 105), der zur Ermöglichung eines Pluralismus und Agonismus selbst auf einer Eingrenzung eines „extremen Pluralismus“ (ebd.: 35) und einem antagonistischen Ausschluss all derer beruht, die ihn ablehnen. Es bedarf also erst der diskursiven Entscheidungsschlacht um die nicht letztbegründbare, normative Grundsatzentscheidung, ehe deren genaue Deutung unentscheidbar und immer wieder von Neuem agonistisch ausgehandelt werden kann. In Gesellschaften, in denen die neoliberale Postdemokratie und Postpolitik die liberaldemokratische Grundsatzentscheidung für einen politischen Liberalismus und Egalitarismus empirisch beseitigt hat, kann Mouffes linker Populismus in Form eines rein-popularen Kampfes sich als das geeignete praktische Mittel erweisen, die diskursive Entscheidungsschlacht zur Wiederherstellung der kontingenten Verknüpfung beider Denkschulen und somit auch ihres agonistischen Demokratiemodells neu zu führen.

Schlussbetrachtung

Die vorangegangene Analyse konnte auf Grundlage von Mouffes poststrukturalistischer Diskurstheorie, ihrer diskursiven Konzeption des agonistischen Pluralismus zur Einhegung von Antagonismen und ihrer populistischen Diskursstrategie zur Wiederbelebung von Antagonismen deutlich machen, dass beide Konzepte trotz ihrer gegenläufigen Bewegungen in Bezug auf die antagonistische Dimension des Politischen sich diskurstheoretisch nicht ausschließen müssen, sondern im Gegenteil sich verbinden lassen. Abstrakt zusammengefasst, beschreibt Populismus dabei eine bestimmte politische Art der antagonistischen Instituierung kollektiver Identitäten vor allem durch die diskursive Logik der Äquivalenz. Mouffes agonistischer Pluralismus dagegen umfasst eine bestimmte Form der Artikulation, die durch das Zusammenspiel von Äquivalenz und Differenz in einem begrenzten diskursiven Raum eine Pluralität von kollektiven Identitätspositionen ermöglicht. Mouffe stellt die populistische Strategie durch die

äquivalentielle Konstruktion einer emanzipatorischen „Bürgerschaft“ und einer neoliberalen „Oligarchie“ in den Dienst, die neoliberale hegemoniale Ordnung des geteilten diskursiven Raums um die Werte „Freiheit und „Gleichheit“ zu disartikulieren und stattdessen radikal-demokratisch in einem gegenhegemonialen Projekt zu radikalisieren. Dieser sub-populäre Kampf findet laut Mouffe dank des geteilten konfliktorischen Konsenses über die politisch-ethischen Prinzipien agonistisch statt. An dieser Stelle müssen allerdings begründete Zweifel hinsichtlich Mouffes empirischer Annahme eines geteilten diskursiven Raumes zwischen einem radikalisierten neoliberalen Wirtschaftsliberalismus und dem liberaldemokratischen Wertekonsens stark gemacht werden. Verwirft man diese streitbare Annahme, gerät ihr linker Populismus zu einem rein-populären Kampf zwischen Radikaldemokratie und Neoliberalismus. Hierbei geht es in der Folge nicht mehr um eine bloße Anordnung eines diskursiven Raums, sondern um die Rekonstitution dieses Raums als solchen. Dieser populäre Kampf ist antagonistisch und birgt je nach Offenheit der verbliebenen liberaldemokratischen Institutionen die Gefahr der ultrapolitischen Zuspitzung. Das erscheint letzten Endes aber als der Preis einer populistischen Wiederherstellung des gemeinsamen diskursiven Raums um die Prinzipien „Freiheit“ und „Gleichheit“ entsprechend Mouffes demokratietheoretischem agonistischem Pluralismus. In diesem Fall kann Mouffes linker Populismus zur Radikalisierung der Demokratie als praktische Verwirklichungsgrundlage ihres agonistischen Demokratiemodells gelten. Aus einer radikaldemokratischen Perspektive erscheinen Mouffes linker Populismus und ihr agonistisches Demokratiemodell so nicht nur vereinbar, sondern notwendig miteinander verbunden – wenngleich zugestanden werden muss, dass in dieser veränderten Ausgangslage des linken Populismus das Prädikat „links“ sich nahezu als „liberaldemokratisch“ im Sinne demokratischer Volkssouveränität und liberalen universellen Menschenrechten geriert.

Die mit Sicherheit offensichtliche Frage, die an die theoretischen Überlegungen anknüpft, ist die Frage nach der praktischen Umsetzbarkeit einer intellektuellen, diskurspolitischen Intervention. Daraus folgen mehrere relevante theoretische Nachfragen an Mouffes linken Populismus. Wie bereits beleuchtet, lässt Mouffe die Konstruktion ihrer Gegenidentität zur „Bürgerschaft“, der „Oligarchie“, vergleichsweise vage und unterbestimmt. Dabei wäre eine nähere Charakterisierung der Oligarchie allein schon wegen der zentralen empirischen Frage nach der Beziehung zwischen neoliberaler Oligarchie und liberaldemokratischem Wertekonsens erkenntnisbringend. Auch das interaktive Wesen einer hegemonialen Auseinandersetzung im Diskursiven, der umkämpften Verschiebung antagonistischer Grenzen und der Identitätsbildung durch ein Zusammenspiel von Eigen- und Fremdbestimmung eröffnet Raum für eine weitere

theoretische Ausarbeitung. Ebenso erscheint eine theoretische Untermauerung der Erklärung ultra-politischer Phänomene aus einem Mangel institutioneller Repräsentation in Hinblick darauf, dass Institutionen als Ausdruck einer hegemonialen Ordnung immer auf einem Repräsentationsausschluss beruhen, welcher empirisch aber nicht immer zu Ultra-Politik führt, von großem Interesse für ein agonistisches Demokratiemodell.

Abschließend soll noch einmal der dezisionistische Charakter von Mouffes linkem Populismus hervorgehoben werden. Die populistische Strategie erweist sich als diskursives Mittel zum Zweck der Verwirklichung einer linken, radikaldemokratischen Interpretation von „Freiheit“ und „Gleichheit“. Diese normative Zielsetzung beruht letztlich auf einer nicht-letztbegründbaren, kontingenten Deziision. Diese sollte aber im Sinne Webers (1988) Forderung nach Klarheit explizit gemacht werden. Auch sollten die möglichen und nicht auszuschließenden ultra-politischen Nebenfolgen eines rein-popularen Kampfes erwähnt werden. Sie erscheinen allerdings aus einem abwägenden Blickwinkel, der den Neoliberalismus in einigen westlichen Ländern als unversöhnlichen Feind von „Freiheit“ und „Gleichheit“ betrachtet und der die Krise der neoliberalen Hegemonie auch nicht einem feindlichen, völkisch-rassistischen Rechtspopulismus überlassen möchte, als rechtfertigbar und hinnehmbar. Dennoch sollte immer wieder in pragmatischer Voraussicht und politischer Klugheit abgewogen werden, ob eine Artikulation tatsächlich zur Realisierung der genannten Ideale beiträgt. Hierfür bedarf es einem notwendigen politischen Verantwortungsbewusstsein, sich fortlaufend für die Konsequenzen des eigenen Handelns zu rechtfertigen. Dieses sollte bei der Entscheidung für das linkspopulistische Wagnis berücksichtigt werden.

Literatur

- Dudenredaktion* o. J.: Populismus, in: Duden, verfügbar unter <https://www.duden.de/node/113348/revision/529707>, zuletzt abgerufen am 20.6.2022.
- Flügel-Martinsen, Oliver* 2013: Linksheideggerianismus?, in: Sörensen, Paul (Hrsg.): Politische Theorie und das Denken Heideggers, Bielefeld: transcript, 175–190.
- Flügel-Martinsen, Oliver/Marchart, Oliver* 2014: Editorial der Gastherausgeber: Chantal Mouffe in der Diskussion, in: Zeitschrift für Politische Theorie 5: 2, 197–202.
- Freud, Sigmund* 1974 [1921]: Massenpsychologie und die Ich-Analyse, in: ders.: Fragen der Gesellschaft. Ursprünge der Religion (Studienausgabe, Band IX), Frankfurt a. M.: S. Fischer, 61–134.
- Giddens, Anthony* 2013 [1998]: The Third Way. The Renewal of Social Democracy, New York: John Wiley & Sons.
- Griggs, Steven/Howarth, David* 2008: Populism, Localism and Environmental Politics: The Logic and Rhetoric of the Stop Stansted Expansion Campaign, in: Planning Theory 7: 2, 123–144.

- Hintz, Michael/Vorwallner, Gerd* 2020: Vorwort der Herausgeber, in: dies. (Hrsg.): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien: Passagen, 11–21.
- Howarth, David R.* 2015: Introduction: Discourse, Hegemony and Populism: Ernesto Laclau's Political Theory, in: ders. (Hrsg.): Ernesto Laclau. Post-Marxism, Populism and Critique, London: Routledge, 1–20.
- Jørgensen, Marianne/Phillips, Louise* 2004: Discourse Analysis as Theory and Method, London: SAGE.
- Laclau, Ernesto* 2007 [1996]: Emanzipation und Differenz, Wien: Turia + Kant.
- Laclau, Ernesto* 2022 [2005]: Die populistische Vernunft (Passagen Philosophie), Wien: Passagen.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal* 2020 [1985]: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus (Passagen Philosophie), Wien: Passagen.
- Lefort, Claude* 1988: Democracy and Political Theory, Cambridge: Polity.
- Liotard, Jean-François* 1992 [1979]: The Postmodern Condition. A Report on Knowledge (Theory and History of Literature), Manchester: Manchester University Press.
- Mouffe, Chantal* 2016 [2014]: Agonistik. Die Welt politisch denken (edition suhrkamp), Berlin: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal* 2018 [2000]: Das demokratische Paradox (Turia Reprint), Wien/Berlin: Turia + Kant.
- Mouffe, Chantal* 2020a [2018]: Für einen linken Populismus (edition suhrkamp), Berlin: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal* 2020b [2007]: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Münker, Stefan/Roesler, Alexander* 2012: Poststrukturalismus, Stuttgart: J. B. Metzler.
- Nonhoff, Martin* 2007: Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie – Einleitung, in: ders. (Hrsg.): Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld: transcript, 7–24.
- Oppelt, Martin* 2014: „Thinking the World Politically“. An Interview with Chantal Mouffe, in: Zeitschrift für Politische Theorie 5: 2, 263–277.
- Ottmann, Henning* 1990: Carl Schmitt, in: Ballestrem, Karl/Ottmann, Henning (Hrsg.): Politische Philosophie des 20. Jahrhunderts, München/Wien: R. Oldenbourg, 61–88.
- Precht, Peter/Burkard, Franz-Peter* 2008: Metzler Lexikon Philosophie, Stuttgart: J. B. Metzler.
- Reckwitz, Andreas* 2004: Die Politik der Moderne aus kulturtheoretischer Perspektive: Vorpolitische Sinnhorizonte des Politischen, symbolische Antagonismen und das Regime der Gouvernementalität, in: Schwelling, Birgit (Hrsg.): Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 33–56.
- Rousseau, Jean-Jacques* 2010 [1762]: Du Contrat Social. Vom Gesellschaftsvertrag, Stuttgart: Reclam.
- Schmitt, Carl* 1991 [1932]: Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, Berlin: Duncker & Humblot.
- Schmitt, Carl* 2004 [1922]: Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, Berlin: Duncker & Humblot.
- Schmitt, Carl* 2017 [1923]: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, Berlin: Duncker & Humblot.
- Staten, Henry* 1986: Wittgenstein and Derrida, Lincoln: University of Nebraska Press.

Volk, Christian 2013: Zwischen Entpolitisierung und Radikalisierung – Zur Theorie von Demokratie und Politik in Zeiten des Widerstands, in: PVS Politische Vierteljahresschrift 54: 1, 75–110.

Weber, Max 1988 [1922]: Wissenschaft als Beruf, in: ders.: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen: Mohr, 582–613.

Žižek, Slavoj 1998: A Leftist Plea for „Eurocentrism“, in: Critical Inquiry 24: 4, 988–1009.